



www.laender-analysen.de/ukraine

ENERGIEWIRTSCHAFT

- ANALYSE
Eine Riesenverschuldung gegenüber den Erneuerbaren: Selenskyjs Energiepolitik könnte katastrophale Folgen für die Ukraine haben 2
Sergej Sumlenny (Heinrich-Böll-Stiftung, Kyjiw)
- ANALYSE
Erneuerbare Energien und Mittelstand statt Kohle und Stahl? Die Städte des Donezker Gebiets bereiten den Kohleausstieg vor, trotz des Zögerns der Zentralregierung 6
Martin Schön-Chanishvili (Germanwatch e.V., Berlin)
- KOMMENTAR
Die Ukraine ist an einem Scheideweg in ihrer Erdgaspolitik 12
Margarita M. Balmaceda (Seton Hall University und Harvard University)
- STATISTIK
Erneuerbare Energien in der Ukraine 13

- STATISTIK
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 15. Februar 2021) 18
- CHRONIK
Covid-19-Chronik, 25. Januar – 07. Februar 2021 21

- CHRONIK
25. Januar – 07. Februar 2021 22

Eine Riesenverschuldung gegenüber den Erneuerbaren: Selenskyjs Energiepolitik könnte katastrophale Folgen für die Ukraine haben

Sergej Sumlenny (Heinrich-Böll-Stiftung, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.246.01

Zusammenfassung

Der ukrainische Staat schuldet dem grünen Energiesektor knapp eine Milliarde Euro. Dies ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise und der Covid-19-Pandemie. Vor allem fehlt es an einer soliden Finanzplanung und die Personalpolitik der Regierung ist chaotisch. Sogar westliche Botschaften sahen sich gezwungen einzugreifen, bisher allerdings ohne Erfolg. Zur Jahreswende 2020/21 stand die ukrainische Erneuerbare-Energien-Branche vor dem Kollaps. Mehrere eigens für diesen Fall verabschiedete Gesetze wurden schlicht ignoriert. Weder die Einmischung westlicher Botschaften und der lautstarke Protest der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) noch Aufrufe der Zivilgesellschaft haben bisher Wirkung gezeigt. Diese Entwicklung könnte die ukrainische Energiereform endgültig zunichtemachen und Auslandsinvestitionen ein Ende bereiten: Dies könnte nicht nur erneuerbare Energien betreffen, sondern die ukrainische Wirtschaft insgesamt.

Eine vorprogrammierte Riesenverschuldung?

Die Energiewende und der Ausbau von erneuerbaren Energien wurde schon in den ersten Jahren der Präsidentschaft Petro Poroschenkos zu einer der prioritären Entwicklungsrichtungen des ukrainischen Energiesektors erklärt. Unter anderem war die Reduzierung der ukrainischen Abhängigkeit von Energieimporten (was immer als »Energieunabhängigkeit von Russland« zu verstehen war) eine treibende Kraft dieser Reform. Weitere wichtige Ziele der Reform waren auch, die Oligarchen schrittweise zu schwächen und die Attraktivität der ukrainischen Energiewirtschaft für ausländische Investoren zu steigern. Aber schon in den Jahren 2016 und 2017 war klar, dass die Abnahmepreise für Strom aus Wind- und Solaranlagen sehr hoch sind und damit eine Last für den Staatshaushalt darstellen. So war zum Beispiel der Abnahmepreis, der im Beschluss des nationalen Ausschusses für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen vom 29. Dezember 2015 festgelegt wurde, für die meisten Windkraftanlagen ca. 2,87 Hrywnja (ca. 0,11 €) pro Kilowattstunde. Der Abnahmepreis für viele Solaranlagen wurde auf knapp 12 Hrywnja pro Kilowattstunde (ca. 0,46 €) festgelegt. Im Sommer 2018 betrug der Stromabnahmepreis für viele Solaranlagen schon knapp über 15 Hrywnja (ca. 0,48 €) pro Kilowattstunde. Trotzdem waren diese Preise berechtigt, da die Investitionsattraktivität des vom Krieg und politischen Turbulenzen stark angeschlagenen Landes sehr niedrig war und viele Risiken abgesichert werden mussten. Denn zu Beginn der russischen Invasion wurden große Windkraftanlagen in der Region Donezk und Solaranlagen auf der Krim entweder zerstört oder enteignet.

Im Jahr 2017 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz über den Elektrizitätsmarkt, um die Abnahme des Stroms zu regulieren, der von Windkraft- und Solaranlagen generiert wird. Das Gesetz sah eine gesonderte Gruppe von Energieherstellern vor, welche ihren Strom nach dem sogenannten »Grünen Tarif« absetzen durften. Es handelte sich dabei um Energiehersteller, welche erneuerbare Energien, vor allem Solar- und Windenergie, produzieren und diese mit garantierten Preisen (vergleichbar zum EEG in Deutschland) verkaufen durften. Im April 2019 verabschiedete die Rada eine Novelle des Gesetzes. Für den zentralisierten Einkauf des »grünen Stroms« sollte ein staatseigener Betrieb gegründet werden, der als »Garantierter Abnehmer« (*Garantowanyj Pokupez, GarPok*) dienen sollte. Dieser wurde schließlich im Mai 2019 gegründet und nahm ab dem 01. Juli 2019 seine Arbeit auf. Der »Garantierte Abnehmer« sollte nicht nur bei den Solar- und Windparks, sondern auch bei Atom- und Wasserkraftwerken Strom einkaufen und diesen weiter in die Netze einspeisen. Binnen der ersten sechs Monate 2019 kaufte der »Garantierte Abnehmer« 3,1 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien zu einem Gesamtpreis von 15,8 Milliarden Hrywnja (ca. 531 Millionen €). Anfang 2020 ging der »Garantierte Abnehmer« bereits davon aus, dass im Jahr 2020 zwischen neun und zwölf Gigawattstunden des grünen Stroms mit einem Gesamtpreis von 46 bis 58 Milliarden Hrywnja (1,7 bis 2,2 Milliarden €) produziert werden. Diesen Strom, so die Überlegung, könnte der staatseigene Betrieb dann für 19 bis 24 Milliarden Hrywnja (0,72 bis 0,9 Milliarden €) auf dem freien Markt weiterverkaufen. Effektiv hätte dies bedeutet, dass in der Bilanz des Unternehmens eine rote Zahl zwischen 27 und 34 Milliarden Hrywnja

(1,02 und 1,29 Milliarden €) entstanden wäre. Nur ein kleiner Teil von diesem Verlust konnte der Betrieb aus anderen Einnahmequellen kompensieren. Den Großteil sollte der ukrainische Netzbetreiber Ukrenergo erstatten. Grundlage dafür ist das Gesetz über den Elektrizitätsmarkt. Dabei schuldete Ukrenergo dem »Garantierten Abnehmer« schon Ende Februar 2020 2,5 Milliarden Hrywnja (92 Millionen €), bis zum 20. Februar waren es bereits 1,9 Milliarden (70 Millionen €).

Regierungschaos unter Selenskyjs Führung schadet dem Energiesektor

Die Lage verschlechterte sich im Laufe des Jahres 2020 dramatisch. Die sinkenden Wirtschaftszahlen – zum Teil aufgrund der Covid-19-Pandemie, zum Teil aber auch aufgrund der Misswirtschaft der Regierung Selenskyj – führten dazu, dass die Verschuldung des »Garantierten Abnehmers« gegenüber den Energieunternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien im Mai 2020 die Summe von 14 Milliarden Hrywnja (480 Millionen €) erreicht hatte. Während der ersten zwei Quartale des Jahres 2020 sank das ukrainische BIP um je 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im dritten Quartal sank das BIP sogar um 5,3 Prozent. Präsident Selenskyj und seine Regierung zeigten sich infolge der schlechten Wirtschaftsdaten immer weniger bereit, die Energiereform voranzutreiben. Während in der angeblich reformorientierten Regierung des Ministerpräsidenten Hontscharuk das progressive Ministerium für Energie und Umweltschutz durch den modernen Olexij Orschel und vor allem seinen Stellvertretenden Minister Olexij Rjabtschin (ein ehemaliger Abgeordneter des Parlaments und überzeugter Befürworter der erneuerbaren Energien) sowie die Stellvertretende Ministerin Iryna Stawtschuk (die ehemalige Geschäftsführerin der führenden ukrainischen Umwelt-NGO »Ecodiya«) die Reform vorantrieb, kam es schon im März 2020 zu teutonischen Änderungen. Der Umweltschutz wurde aus den Zielen des Ministeriums gestrichen. Die Aufgaben des Ministeriums liegen nun ausschließlich im Bereich Energie. Die beiden progressiven Stellvertreter*innen Rjabtschin und Stawtschuk wurden entlassen, seit März 2020 gaben sich vier Minister*innen die Klinke in die Hand. Zwei von ihnen kamen aus den Chefetagen der größten Kohlekonzerne DTEK und Donetzkwugillja.

Diese politischen Veränderungen hatten unmittelbare Folgen für die Energiewende: Die erneuerbaren Energien fielen den Interessen von Herstellern fossiler Energien zum Opfer. Ende Mai 2020 veröffentlichte die Regierung Schmyhal ihre Strategie zur Wirtschaftsbelebung nach der Covid-19-Krise. Alle Maßnahmen wurden auf vier Prioritätsgruppen verteilt. Für den Bereich Industrie bekam die Maßnahme »Unzulässigkeit der Festsetzung von ambitionierten Zielen zur Reduk-

tion von CO₂-Emissionen« die höchste Priorität. Im Bereich Energie wurde festgelegt, dass die lieferbaren Strommengen aus erneuerbaren Energien aufgrund von Schwankungen zu instabil sind. Die energetische Unabhängigkeit der Ukraine könne erreicht werden, indem die eigenen Gasförderungsmengen erhöht und Kohlekraftwerke so umgebaut werden, dass ukrainische und nicht importierte Kohle verbrannt werden kann. Der Senkung von Besteuerungen und Pachtgebühren für Ölförderung und Fracking-Gas und Fracking-Öl wurde dabei höchste Priorität beigemessen.

Schon Anfang Juni 2020 erreichte die Verschuldung des »Garantierten Abnehmers« insgesamt 20 Milliarden Hrywnja (480 Millionen €), 14 davon waren Schulden an den Erneuerbare Energien-Sektor. Die neue (dritte seit Anfang des Jahres) Energieministerin Olha Buslawjetz äußerte sich am 05. Juni über die Situation. Sie versprach, dass der frisch ernannte Chef des »Zentrenergo«-Energiekonzerns Oleksandr Kortschynsky, welcher erst seit 29. Mai im Amt war, eine Woche brauchen würde, damit er »seine Sicht über die Situation mitteilen könnte«. Innerhalb der darauffolgenden Woche wuchs die Unzufriedenheit der Energiehersteller. So unterzeichneten die ukrainische Regierung und die Assoziation der Stromhersteller aus erneuerbaren Energien am 10. Juni ein »Memorandum über die Verständigung zur Frage der Regulierung von Problemen im Bereich der erneuerbaren Energien«. Das Memorandum sah unter anderem vor, dass:

- der »Garantierte Abnehmer« den abgenommenen Strom ab sofort rechtzeitig bezahlt
- die schon existierende Verschuldung schrittweise abgebaut wird, und zwar 40 Prozent der Verschuldung im vierten Quartal 2020 und danach je 15 Prozent pro Quartal
- die Abnahmequoten für den grünen Strom bestätigt werden
- die Verluste der Energiehersteller aufgrund der Herstellungs-drosselungen, die der staatlicher Netzbetreiber verlangt, erstattet werden

Das Memorandum wurde zur Grundlage eines am 21. Juli 2020 verabschiedeten Gesetzes 810-IX, welches *de facto* die Eckpunkte des Memorandums wiederholte, dafür aber keine praktischen Lösungen für dessen Umsetzung vorsah. Die fast automatisch entstehenden Verluste des »Garantierten Abnehmers« sollte »Ukrenergo« erstatten, welches aber ebenso keine Gelder dafür zur Verfügung hatte. Laut dem »Garantierten Abnehmer« erreichte der nicht erstattete Gesamtverlust des Unternehmens schon am 03. November 2020 23,35 Milliarden Hrywnja (701 Millionen €). Die einzige Möglichkeit, diese Summe zu erstatten, wäre eine Finanzspritze der Regierung gewesen, welche mit weiterer Staatsverschuldung hätte finanziert werden müsste. Doch schon

am 02. November 2020 erklärte das Finanzministerium, dass es unmöglich wäre, Hrywnja-Staatsanleihen zum Zweck der Begleichung von Schulden gegenüber den Energieunternehmen zu platzieren, da dies die Staatsfinanzen aus dem Gleichgewicht bringen würde.

Nur wenige Unternehmen ziehen allerdings vor Gericht, um sich ihre Gelder vom ukrainischen Staat zurückzuholen. Inzwischen haben über 50 Unternehmen Klagen gegen den staatseigenen Betrieb »Garantierter Abnehmer« eingereicht. Die Summe der Verschuldung gegenüber den Klägern beläuft sich auf knapp über 600 Millionen Hrywnja (ca. 18 Millionen €). Das sind etwas unter drei Prozent der Gesamtverschuldung des Staates gegenüber der Branche. Viele Insider gehen davon aus, dass der Grund für das zögerliche Verhalten der Unternehmen der fehlende Glaube an die Wirksamkeit der Klagen vor den ukrainischen Gerichten ist. Einige Unternehmen könnten auch Klagen vor internationalen Gerichten einreichen. Laut ukrainischen Medien rieten die Botschaften von Kanada, Norwegen und Litauen potenziellen Investoren aus ihren Ländern von künftigen Investitionen in die Ukraine »aufgrund einer durch die Machthabenden geschaffene Finanzkrise im grünen Energiesektor sowie aufgrund des Drucks gegenüber den Investoren« ab.

Die Brisanz der Situation wurde schließlich Mitte November 2020 deutlich: Am 17. November wendeten sich die Botschafter*innen von 11 Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Südkorea, Schweden und Türkei) in einem offenen Brief an den ukrainischen Premierminister Denys Schmyhal und forderten die Rückzahlung von Schulden an ausländische Investoren, wenn nötig auch über Hrywnja-notierte Staatsanleihen. Dieser beispiellose Schritt westlicher Diplomaten*innen war zum Teil auch ein Akt der Verzweiflung. Die genannten Länder hatten in den letzten Jahren rund zwei Milliarden Euro in den ukrainischen Energiesektor investiert. Die Gesamthöhe der ausländischen Investitionen in die grünen Energien in der Ukraine beträgt über zehn Milliarden Euro. »Wenn die Investoren sich weder auf ukrainische Gesetze noch auf die Bereitschaft der Regierung, diesen Gesetzen Folge zu leisten, verlassen können«, so das Dokument, so werde die Ukraine ihre Ziele für die Entwicklung von erneuerbaren Energien mit Sicherheit verfehlen. Für Olha Buslawjecz war dieser offene Brief aber nur noch von geringer Bedeutung. Sie wurde am 20. November durch Jurij Bojko ersetzt, der mittlerweile schon der vierte Energieminister innerhalb eines Jahres ist. (Der neue Minister Jurij Bojko ist lediglich ein Namensvetter des prorussischen Anführers der Partei »Opposizijna Platforma sa Schytja« (OPSSch) und dem Energie- und Kohleindustrieminister der Jahre 2010 bis 2012 Jurij Bojko). Bojko beerbte alle Probleme

der Branche und gab sie schon wenige Wochen später an den fünften Energieminister innerhalb eines Jahres Jurij Witrenko weiter. Insgesamt verschlechterte sich die finanzielle Lage im Land, da der IWF der Ukraine die angeforderte Notfinanzierung verweigerte, die das Land am 29. November 2020 angefordert hatte.

Die Zeit der Appelle

Das Kaderkarussell der Energieminister*innen machte das Chaos nur noch schlimmer. Deswegen gründeten 25 Abgeordnete des ukrainischen Parlaments am 18. Dezember 2020 die überfraktionelle Abgeordneten-Gruppe »Saubere Energie«, welche zum Zweck hat, den Abbau der Verschuldung gegenüber den Produzenten grüner Energie einzufordern. Dafür sollten Änderungen im Haushaltsgesetz vorgenommen werden. »Das Gesamtvolumen der Auslandsinvestitionen in die erneuerbaren Energien beträgt seit 2010 über 12 Milliarden US-Dollar, das ist fast ein Drittel aller Auslandsinvestitionen im Land«, sagte der Ko-Vorsitzende der Gruppe, Olexij Hontscharenko, und betonte, dass 900 Unternehmen der Branche in diesem Zeitraum über 93 Milliarden Hrywnja (2,8 Milliarden €) Steuern bezahlt hatten. Er forderte die Regierung auf, die Verschuldung unverzüglich zu begleichen. Am 23. Dezember beauftragte Premierminister Schmyhal den kommissarischen Energieminister Jurij Witrenko binnen 10 Tagen Vorschläge zum Schuldenabbau vorzubereiten und diese dem Kabinett und dem Abgeordneten Hontscharenko vorzulegen.

Das Kabinett schlug Kreditgarantien in einer Höhe von bis zu 11,3 Milliarden Hrywnja (330 Millionen €) (also genau die Summe von 40 Prozent der Verschuldung, welche im vierten Quartal zu begleichen wäre) für das staatseigene »Ukrenergo«, um keine Staatsanleihen zu platzieren und das Haushaltsgesetz nicht ändern zu müssen. Das Unternehmen sollte das Geld auf dem Markt aufnehmen und die, dem »Garantierten Abnehmer« laut Gesetz 810-IX zustehenden Summen überweisen, damit dieser seinerseits seine Schulden gegenüber den Stromproduzenten begleichen könnte. Am 30. Dezember 2020 schloss »Ukrenergo« Kreditverträge für jeweils fünf Milliarden Hrywnja (147 Millionen €), vier Milliarden Hrywnja (117 Millionen) und 1,25 Milliarden Hrywnja (36 Millionen) mit »Oschadbank«, »Ukreksimbank« und »Ukrgezbank« ab. Die ersten zwei Banken gehören zu 100 Prozent der ukrainischen Regierung, die dritte Bank zu 94,94 Prozent. Die Zinsen für die Kredite betragen 1,23 Milliarden Hrywnja (35 Millionen). Effektiv erstellte die ukrainische Regierung Bürgschaften für ein Unternehmen, welches der Regierung gehört, damit dieses Kredite mit 10 Prozent Effektivzins von drei Banken, welche ebenso der Regierung gehören, aufnehmen kann, um eine milliardenschwere Verschuldung gegenüber einem

weiteren, der Regierung gehörenden Unternehmen zu begleichen. Diese Verschuldung entstand durch eine Gesetzeslücke, da das Gesetz über die Regulierung der Tätigkeit des »Garantierten Abnehmers« in Eile und ohne Regierungsberatungen und Haushaltsanpassungen verabschiedet worden war.

Doch die Bereitstellung dieser Kredite rettete die Lage nicht. Schon am 05. Januar 2021 veröffentlichte der nationale Ausschuss für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen (NKREKP) den Entwurf einer Verordnung, welche faktisch die Auszahlung der Verschuldung unmöglich machen würde. Dieser Ausschuss ist ein staatliches Organ, welches eine Aufsichtsfunktion u. a. über den »Garantierten Abnehmer« und »Ukrenergo« ausübt. Anstelle einer Auszahlung der Verschuldung gegenüber dem Erneuerbaren-Energie-Sektor würde der »Garantierte Abnehmer« dazu gezwungen werden, die von »Ukrenergo« erhaltene Summe für den Abbau anderer Schulden zu verwenden. Gemeint waren vor allem die Schulden gegenüber einem weiteren staatlichen Unternehmen »Energoatom«, dem Betreiber aller ukrainischer Atomkraftwerke. Diesem schuldete der »Garantierte Abnehmer« knapp neun Milliarden Hrywnja (258 Millionen €). »Energoatom« gilt als Anbieter von »billigem« Strom, was vor allem deswegen wichtig war, um niedrigere Strompreise für die Bevölkerung zu ermöglichen (in der Ukraine sind die Strompreise für Privathaushalte deutlich niedriger als für die Industrie). Im Dezember 2020 mehrten sich in der Ukraine Proteste gegen steigende Gas- und Strompreise. In vielen Regionen blockierten Protestierende Autobahnen und legten zum Teil den Güterverkehr lahm. Da die billigen Gas- und Strompreise eines der zentralen Versprechen von Präsident Selenskyj waren, mussten die niedrigen Preise gehalten werden, unter anderem durch die Unterstützung von »Energoatom«. Für »Energoatom« war die benötigte Verschuldung deswegen besonders schmerzhaft, weil »Energoatom« seine Schulden gegenüber dem US-amerikanischen Brennstabhersteller »Westinghouse« nicht begleichen konnte. Mit »Westinghouse« unterzeichnete »Energoatom« im September in Anwesenheit von Präsident Selenskyj einen Vertrag über die Lieferung von Brennstäben für die Reaktoren des Atomkraftwerks in Riwne. Das Unternehmen liefert Brennstäbe für sechs ukrainische Atomkraftwerke und gilt als strategisch wichtig für die Abkehr von russischem Brennstoff für Atomkraftwerke.

Faktisch bedeutete die Verordnung des NKREKP, dass die Finanzierung ohne Vorwarnung zweckfremd ausgegeben werden sollte, obwohl diese unmissverständlich zur Rettung der erneuerbaren Energien vorgesehen und seit vielen Monaten erwartet worden war. Die unter normalen Umständen undenkbar öffentlichen Appelle und Beschwerden mehrten sich. Schon

am nächsten Tag organisierten die Abgeordneten Ljudmyla Bujmister und Olexij Hontscharenko, der Gründer des Unternehmens Vindkraft Ukraine sowie Ko-Vorsitzender des Energieausschusses der European Business Association Ukraine Karl Sturen, der Geschäftsführer der ukrainischen Filiale des norwegischen NBT Magnus Johansen, der Vorstandsvorsitzende der Ukrainischen Windkraftassoziation Andrij Konetschenkow, die Direktorin der europäisch-ukrainischen Energieagentur Oleksandra Humenjuk sowie der Leiter der Ukrainischen Assoziation für Erneuerbare Energien Oleksandr Kosakewitsch eine »Sonderkonferenz zur kritischen Lage auf dem Energiemarkt«. Die Organisator*innen sprachen sogar von einer »strafrechtlichen Verantwortung« des NKREKP.

Am 08. Januar verschickte der Vorsitzende des Sekretariates der Energiegemeinschaft in Wien, Dirk Buschle, einen Brief an den Leiter des NKREKP, Walerij Tarasjuk, mit der klaren Aufforderung, die Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen. »Ich würde höflich vorschlagen, die negativen Signale durch eine Entscheidung, welche wahrscheinlich zu neuer Konfrontation einschließlich Rechtsklagen führen würde, nicht zu versenden«, schrieb er.

Am 12. Januar 2021 veröffentlichten mehrere renommierte Akteure der Branche, darunter die europäisch-ukrainische Energieagentur, die Ukrainische Windkraftenergie-Assoziation und die Ukrainische Assoziation für Erneuerbare Energien, einen offenen Brief an den Energieminister mit der Aufforderung, dem rechtlichen Rahmen Folge zu leisten und nach den Aufforderungen des Gesetzes 810-IX die Verschuldung gegenüber den Herstellern grüner Energie abzubauen.

Am gleichen Tag verschickte der Managing Director Osteuropa und Kaukasus des EBRD, Matteo Patrone, einen Brief an den ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal. In dem Brief verwies Patrone darauf, dass die EBRD der größte Investor in der Ukraine sei und äußerte seine »Besorgnis bezüglich der Zahlungsdisziplin im Bereich erneuerbare Energien«. »Dies ist eine Verletzung der Energiegesetzgebung der Ukraine wie auch der Verpflichtungen der ukrainischen Behörden, unter anderem des NKREKP, welche in dem im Juli 2020 unterzeichneten Memorandum festgehalten sind«, hieß es weiter. »Wir sind besorgt, dass solche Einschränkungen [der Verwendung von Kreditgeldern, Anm. d. Autors] und eine entsprechend verfehlte Erfüllung der Pflichten zum Abbau der genannten Verschuldung eine zusätzliche negative Auswirkung auf die Branchenstabilität, auf die Lage der Investoren in dieser Branche sowie auf die Wahrnehmung der Ukraine seitens der Investoren im Gesamten haben werden«.

Am 14. Januar 2021 veröffentlichten zwölf renommierte ukrainische Umwelt- und Energie-NGOs, ein-

schließlich Greencubator, Ecodiya, Clean Energy Lab und Ecoclub einen Aufruf, in dem sie der Regierung nichts Geringeres als eine »staatliche Unterminierung der Branche der erneuerbaren Energien« vorwarfen. Sie sprachen vom »systematischen Widerstand einiger staatlicher Organe« gegen die Erneuerbaren und nannten derartige Schritte »aggressiv und diskriminierend«. »Dies kontrastiert nicht nur mit öffentlichen Erklärungen ukrainischer Beamter, sich am European Green Deal zu orientieren und die umweltschädlichen Einwirkungen des Energiesektors zu reduzieren. Dies ruiniert das Vertrauen von Investoren und verletzt die Verpflichtungen, welche der ukrainische Staat auf sich genommen hat«, hieß es in der Erklärung.

Bis zum heutigen Tag ist der Konflikt um die Verschuldung gegenüber den Investoren in die erneuerbaren Energien in der Ukraine nicht gelöst. Es bleibt wahrscheinlich, dass die finanzielle Lage in der Ukraine sich weiter verschlechtert. Ob der Staat in der Lage

sein wird, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, bleibt fraglich. Welcher Wert in Hrywnja die Schulden am Tag der Auszahlung haben werden, ist ebenso unklar. Genauso wenig ist klar, ob die Ukraine wieder einen neuen Energieminister – und vielleicht sogar eine neue Regierung – bekommt. Wichtig bleibt, dass die chaotischen Maßnahmen von Selenskyj und seiner Regierung mit ihren ständigen Versuchen, unseriöse und korruptionsträchtige »Winkelzüge« zu vollziehen, anstatt vernünftige Energiepolitik zu machen, den Ruf der Ukraine in den Augen vieler internationaler und privater Akteure für Jahre ruiniert haben. Eben dieser Schaden, und nicht der milliardenschwere Schaden bezüglich des Erneuerbare Energien-Sektors, ist das schlimmste Ergebnis der verantwortungslosen und fachfremden Politik der Selenskyj-Regierung.

Stand: 02. Februar 2021

Über den Autor

Sergej Sumlenny, 40, ist seit 2015 Büroleiter des Büros Kyjiw – Ukraine der Heinrich-Böll-Stiftung. Der promovierte Politologe hat zuvor als Leiter der PR bei der Wirtschaftsberatung »Schneider Group« und als Wirtschaftskorrespondent für die russische Mediengruppe »Expert« gearbeitet.

ANALYSE

Erneuerbare Energien und Mittelstand statt Kohle und Stahl? Die Städte des Donezker Gebiets bereiten den Kohleausstieg vor, trotz des Zögerns der Zentralregierung

Martin Schön-Chanishvili (Germanwatch e.V., Berlin)

DOI: 10.31205/UA.246.02

Zusammenfassung

Der anstehende Kohleausstiegspfad der Ukraine stellt die Zentralregierung und die Kohleregionen vor große wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen. Gleichzeitig eröffnet er auch Entwicklungsperspektiven für die Ukraine, den kriegsgebeutelten Donbas und für die Energiewende in Europa. Das haben Akteure aus dem Donezker Gebiet erkannt. Sieben Kohlestädte, drei NGOs und die regionale Handelskammer gründeten bereits 2018 eine Plattform für einen gerechten Strukturwandel. Sie vertreten ihre Städte auf nationaler und internationaler Ebene und arbeiten aktuell an einer gemeinsamen Strategie für die Transformation. Dennoch besteht das Risiko, dass die Bemühungen für einen gerechten Strukturwandel in der Ukraine von Partikularinteressen unterwandert werden. Dies könnte die politisch fragile Region Donbas erneut destabilisieren. Deutschland und Europa machen gute, aber noch sehr vorsichtige Unterstützungsangebote für den Kohleausstieg. Diese entfalten bisher noch keine transformative Kraft.

Um die Entwicklungsperspektiven im Donbas zu verstehen, muss zunächst der Blick auf die sich aktuell stark veränderten Rahmenbedingungen für die

ukrainische Energiepolitik gelenkt werden. Die Ukraine steht vor der Herausforderung, ihre Wirtschaft mit dem weltweiten Dekarbonisierungstrend und dem Euro-

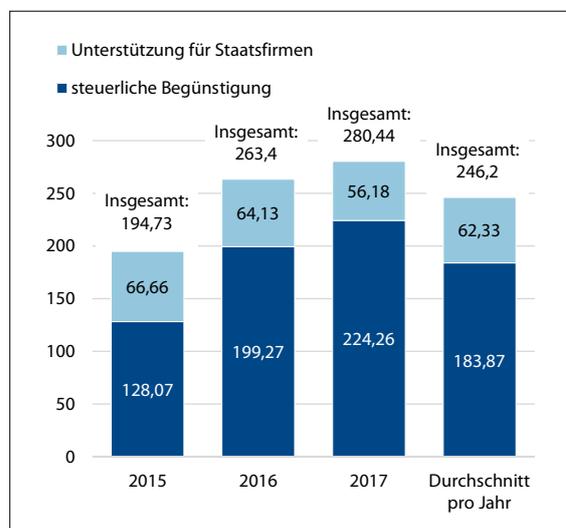
pean Green Deal der EU zu synchronisieren. Denn die EU-Staaten haben sich Ende 2020 auf ein neues CO₂-Reduktionsziel von minus 55 Prozent bis 2030 verständigt. Dies ist ein signifikanter Schritt hin zu einer ambitionierteren Klimapolitik. Gleichzeitig feilt die EU-Kommission an einem Mechanismus zur Besteuerung von CO₂-intensiven Importen. Dadurch wären Produkte der ukrainischen Industrie und Landwirtschaft direkt betroffen. Für die ukrainische Wirtschaft wäre dies ein weiterer schwerer Schlag, da ein Großteil ihres Exports in die EU geht. Die ukrainische Regierung hat diese Signale erkannt. In den Verhandlungen mit der EU über einen »Green Deal für die Ukraine« bietet sie eine Dekarbonisierung bis 2070 an. Dies wäre ein sehr weit entferntes Ziel und auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern kein ambitionierter Pfad. Selbst das kleine EU-Mitglied Griechenland kündigte 2019 an, bis 2028 aus der Kohle auszusteigen. Dennoch wäre die Festlegung eines ukrainischen Ziels ein wichtiges Signal für Energieerzeuger und Wirtschaft, dass die Tage der fossilen Energieerzeugung gezählt sind.

Energetische und finanzielle Bürde

Kern der Dekarbonisierungsbemühungen muss der schrittweise Ausstieg aus der Förderung und Verbrennung von Kohle sein. Denn im Jahr 2019 lieferte die klimaschädliche Kohle immer noch 34,5 Prozent des Strombedarfs und wurde für 70 Prozent der Stahlerzeugung eingesetzt. Die Ukraine verfügt über die sechstgrößten Steinkohle-Vorkommen der Welt. Viele Minen und Kraftwerke sind jedoch veraltet, müssten teilweise komplett erneuert werden und verfügen über keine oder unzureichende Filteranlagen: Erst 2033 will die Ukraine gemäß nationalem Emissions-Reduktionsplan die EU-Grenzwerte einhalten. Bemerkenswert ist auch im Kohlesektor die Verflechtung von Privat- und Staatseigentum sowie die finanzielle Bürde, die sich dadurch für den Staatshaushalt ergibt. Mehr als 30 staatliche Kohleminen liefern etwa elf Prozent der gesamten Kohleproduktion des Landes. Sechs vermietete und zwölf private Schächte fördern die restlichen fast 90 Prozent. Auf dem nicht kontrollierten Gebiet der sogenannten »Volksrepubliken« im Luhansker und Donezker Gebiet befinden sich weitere 95 Schächte, die teilweise in physischer Auflösung begriffen sind. Die Kosten für Kohleförderung und -verbrennung steigen zudem ständig. Die Energiegemeinschaft, eine Institution zur Einführung und Umsetzung der EU-Energiegesetzgebung in Nachbarstaaten der EU, hat 2019 die Subventionspolitik in ihren Mitgliedstaaten über einen Zeitraum von drei Jahren genauer betrachtet.

Die Ukraine führte die Subventionsliste nicht nur mit rund 739 Millionen Euro direkter staatlicher Subventionen in den Kohlesektor an und liegt damit weit

Grafik 1: Subventionen Kohleindustrie Ukraine (Mio. Euro)



Insgesamt 2015–2017: 738,57 Mio. Euro

Quelle: Miljević, Damir; Mumović, Milka and Kopač, Janez: Analysis of Direct and Selected Indirect Subsidies to Coal Electricity Production in the Energy Community Contracting Parties. Vienna: Energy Community, 2019

vor Serbien mit 299 Millionen. Es zeigte sich auch, dass der Kohlesektor jährlich immer mehr Subventionen verschlingt: Die staatlichen Unterstützungszahlungen waren zwischen 2015 und 2017 um beeindruckende 44 Prozent gestiegen.

Es ist also offensichtlich, dass es sich bei der ukrainischen Kohle um einen teuren, klima- und umweltschädlichen Energieträger handelt, der im Kontext des European Green Deal auch wirtschaftspolitisch zu einer Hypothek für das Land wird. Wenn die Ukraine in den nächsten Jahrzehnten nicht zügig aus der Kohle aussteigt, riskiert sie, vom Dekarbonisierungstrend in Europa überrollt zu werden. Für die bereits stark durch die Corona-Krise geschwächte Wirtschaft wäre dies eine ernsthafte Bedrohung, die das Land erneut an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bringen könnte. An der Staatsspitze scheint diese Erkenntnis langsam Fürsprecher*innen zu gewinnen.

Kohleausstieg light

Die Regierung Hontscharuk begann im Januar 2020 mit ersten Konzepten für die Energiewende, während die Regierung Schmyhal der Restrukturierung des Kohlesektors dann bereits direkt nach Amtsübernahme im März 2020 besondere Bedeutung einräumte. Diese neue Ambition lag erstens an der energiepolitischen Dringlichkeit. Der stark fallende Marktpreis für Strom – Anfang 2020 brach der Preis auf minus 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein – zwang den Energieoligarchen Rinat Achmetow zum Handeln, er erhöhte seinen Druck und Einfluss auf die Regierung beträchtlich,

die Regierung griff regulierend in den Markt ein (z. B. durch ein Verbot von Stromimporten aus Belarus), der Preis stabilisierte sich. Zweitens sah sich der Staat in seiner Fiskalpolitik gezwungen, gegen die steigenden Subventionen für unprofitable staatliche Schächte vorzugehen. Und drittens wurde offensichtlich, dass der anstehende Strukturwandel der Kohleregionen wirtschafts- und sozialpolitischer Konzepte bedarf. Deshalb legte das Energieministerium ein Konzept zum Umbau des Kohlesektors vor. Das Regionalministerium erarbeitete einen Programmentwurf für den Strukturwandel der betroffenen Regionen. Beide sind allerdings im Februar 2021 noch nicht verabschiedet worden. Sie können als erste Schritte in Richtung einer sozial verträglichen Dekarbonisierung bezeichnet werden. Dennoch ist dies bestenfalls ein »Kohleausstieg light«, da Kohle für die Energieversorgung des Landes noch über Jahrzehnte eine zentrale Rolle spielen soll.

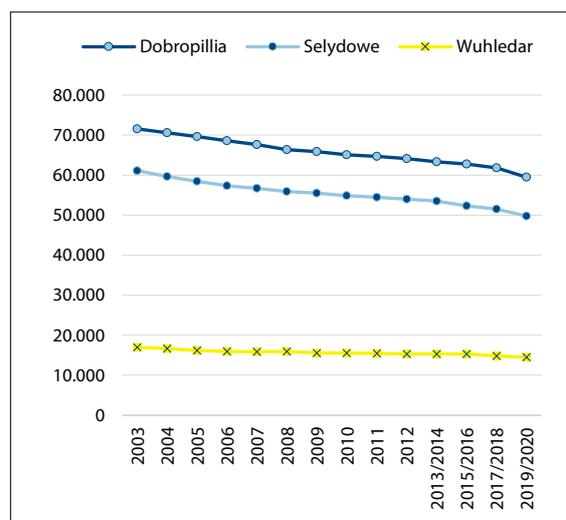
Politische Brisanz des Strukturwandels

Präsident Selenskyj erklärte bereits in einer Rede Anfang 2020, unprofitable Kohleminen müssten geschlossen werden, allerdings dürften dabei keine Arbeitsplätze verloren gehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die ukrainische Kohleindustrie ihren größten Umbruch bereits hinter sich hat. Zwischen 1991 und 2013 verloren 88% der Kohlekumpel ihre Arbeit, die Beschäftigtenzahlen in staatlichen Minen schrumpften auf 130.000 in 2014. Durch den Krieg in der Ostukraine, den Verlust weiterer Minen und Schließungen nahm die Beschäftigtenzahl in staatlichen Minen auf ukrainischem Territorium weiter ab auf 42.000. Gemeinsam mit privaten Kohleminen – in erster Linie in Besitz der Holding von Achmetows Firma DTEK – sind heute noch rund 86.000 in der Kohleförderung beschäftigt. Jedoch trägt die Kohle nach wie vor substantiell zu der Bruttowertschöpfung in einigen Regionen bei, insbesondere im Donezker und Dnipropetrowsker Gebiet (jeweils knapp 22 Prozent, s. Tabelle 1).

Es handelt sich bei Kohlekumpel immer noch um eine verhältnismäßig gut bezahlte, gut ausgebildete und gewerkschaftlich organisierte Berufsgruppe. Kohle

ist im Osten des Landes – in den Gebieten Donezk, Luhansk und Dnipropetrowsk – nach wie vor in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht der prägende Wirtschaftszweig. Die sieben Kohle-Monostädte des Donezker Gebiets sind bis heute existenziell abhängig von den örtlichen Kohleunternehmen, deren Steuerzahlungen für bis zu 70 Prozent des städtischen Budgets sorgen. Diese Steuereinnahmen brauchen die Städte einerseits dringend im Kontext der Dezentralisierungsreform, die zu mehr Spielraum, aber auch zu mehr kommunaler Eigenverantwortung geführt hat. Andererseits stellt die Coronakrise und die strauchelnde ukrainische Wirtschaft die Städte vor große Herausforderungen. Gerade in der Ostukraine kann dies zu einer explosiven Gemengelage führen. Bei den Kommunalwahlen 2020 im Donezker Gebiet errang die pro-russische »Oppozijna Platforma sa Schytja« (OPSSch) bereits die Mehr-

Grafik 2: Bevölkerungsentwicklung in Monostädten am Beispiel dreier Kohle-Monostädte des Donezker Gebiets



Quelle: Statistikämter in Kohlestädten, Zusammenstellung durch Martin Schön-Chanishvili; siehe auch Tabelle 2 auf S. 11.

heit der Abgeordneten in mehreren Stadtparlamenten. Ein sehr schnelles Abwickeln der Kohleindustrie könnte deshalb ebenso ernsthafte politische Folgen haben wie

Tabelle 1: Wirtschaftsdaten von Kohleregionen in der Ukraine

	Jahr	Regionen					
		Ukraine gesamt	Donezk	Luhansk	Lwiw	Wolyn	Dnipropetrowsk
BIP (pro Kopf in USD)	2018	3,097	1,661	588	2,571	2,133	4,189
% Kohlesektor in an regionaler Bruttowertschöpfung	2017	1,0%	21,8%	2,5%	6,4%	0,2%	21,6%
Anteil Beschäftigte Kohlesektor	2019	0,5%	5,1%	2,7%	0,8%	0,4%	2,1%
Arbeitslosigkeit	2019	8,2%	13,6%	13,7%	6,5%	10,6%	7,7%

Quelle: UkrStat, Zusammenstellung durch Martin Schön-Chanishvili

ein zu zögerliches Vorgehen, das die Industrieregionen ihrer wirtschaftlichen Perspektive beraubt. In beiden Fällen ist mit öffentlichen Protesten und starker Kritik von Seiten der Gewerkschaften und Medien aus dem Umfeld von Unternehmern aus dem Energiemarkt, direkt an der Grenze zum bewaffneten Konflikt mit den von Russland unterstützen »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk, zu rechnen. Nach der Halbierung seiner Popularitätswerte in der Coronakrise sind dies bedrohliche Szenarien für Präsident Selenskyj, aber auch für die Regionalverwaltungen und die Bürgermeister*innen der Kohlestädte.

Donezker Kohlestädte suchen selbst nach Lösungen

Diese Entwicklung war seit Jahrzehnten absehbar. Dennoch verschoben bisher alle ukrainischen Regierungen den Kohleausstieg im Hinblick auf die sozialpolitische Sprengkraft der Reformen. Gleichzeitig war vielen Bürgermeister*innen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Wirtschaftsverbänden ebenso wie der Bevölkerung in den Kohlestädten der kritische Zustand der Industrie klar. Dies zeigen aktuelle Studien (https://en.ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2020/11/just_transition_ua2020_en.pdf). Dennoch sahen sie keine Möglichkeit für einen politischen Diskurs über die Zeit nach der Kohle und verfügten nicht über das Know-how für die Suche nach wirtschaftlichen Alternativen. Germanwatch bot ihnen 2017 gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen, den NGOs Ecoaction und Alternativa, Unterstützung für den Erfahrungsaustausch und die Projektentwicklung zum Thema Strukturwandel von Kohleregionen an (<https://germanwatch.org/de/16128>). Die Finanzierung für dieses Projekt »Neue Energie – neue Entwicklungsmöglichkeiten für den Donbas« kam vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Engagement Global). Durch das Projekt fanden sich das erste Mal in unabhängigen Ukraine Kohlestädte zusammen, um an Konzepten für den Strukturwandel zu arbeiten, und das erste Mal kooperierten Städte systematisch mit NGOs und präsentierten ihre Thesen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Vertreter*innen der Kohlestädte besuchten Ruhrgebiet, Rheinland und Lausitz und waren von den Gesprächen mit den deutschen Kommunen inspiriert auch über parteipolitische Grenzen hinweg enger zusammenzuarbeiten. Sie entwickelten ein Memorandum und schlossen sich in der »Plattform für die Nachhaltige Entwicklung von Kohlestädten des Donezker Gebiets« zusammen, dem ersten und bisher einzigen akteursübergreifenden Zusammenschluss in einer ukrainischen Kohleregion. Dieses Format hat es den sieben Kohlestädten seither ermöglicht, ihre Interessen bei der Zentralregierung in Form von Gesprächen mit Ministerien, öffentlichen Statements und Pressekonferenzen zu vertreten.

Außerdem lernten sie Ansätze, Risiken und Umsetzungsbeispiele für Strukturwandel kennen, einerseits im Austausch mit anderen Kohleregionen der »EU Coal Regions in Transition Platform«, andererseits durch eine wissenschaftliche Studie (<https://www.germanwatch.org/de/16626>), die das Projekt mit unabhängigen, europäischen Expert*innen herausgab. Aufgrund dieses Erfolgs und der einmaligen Akteurskonstellation begann vor kurzem ein Folgeprojekt. Seit 2020 ist die Plattform offiziell Mitglied des beim Ministerrat angesiedelten »Koordinierungszentrums für die Transformation von Kohleregionen«, eines Gremiums zur Abstimmung staatlicher Strukturwandel-Politik. Neben Ministerien sind in dem Gremium auch die Regionalverwaltungen, Interessenverbände von Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften vertreten. Die drei Vertreter der Plattform sind die einzigen direkten Vertreter von Kommunen aus den betroffenen Kohleregionen. Aktuell entwickeln die Städte eine gemeinsame Strategie für den Strukturwandel und werden dabei unterstützt von einem Konsortium aus dem BMZ-Projekt von Germanwatch, Ecoaction und Alternativa sowie den Projekten »Economic Resilience Activity« (USAID) und FORBIZ (EU).

Kooperation trotz politischer Konflikte

Eine besondere Herausforderung ist aus Sicht von Germanwatch die horizontale Kooperation innerhalb der Donezker Plattform. Erstens haben auch die letzten Kommunalwahlen im Herbst 2020 eine Situation im Donezker Gebiets gefestigt, in der Bürgermeister*innen und die *Miski Rady* (Kommunalparlamente) häufig unterschiedliche politische Lager vertreten. Zum Beispiel liegt die absolute Mehrheit im Stadtparlament von Wuhledar bei zwei pro-russischen Parteien, während der Bürgermeister der Partei »Ewropejska Solidarnist« des ehemaligen Präsidenten Poroschenko nahesteht. Aufgrund der ständigen Aktivitäten von industriellen Lobbygruppen verändern sich teilweise auch die Machtverhältnisse in den *Miski Rady* während der Legislaturperioden. So hat die *Miska Rada* der größten Kohlestadt Pokrowsk (knapp 63.000 Einwohner*innen) zwischen 2019 und 2020 mehrfach neue Stellvertreter*innen bestimmt, je nach Gefechtslage. Zweitens vertreten auch Bürgermeister*innen der Kohlestädte unterschiedliche politische Lager oder stehen in einer Konkurrenzsituation um eine regionale Vormachtstellung. Diese Dynamik wurde verstärkt durch den Aufbau neuer regionaler Parteistrukturen um bestehende Lobbyinteressen – der prorussischen OPSSch seit 2018 sowie der Partei »Sa Por'jadok« seit 2020, der eine Nähe zu Achmetow nachgesagt wird. Drittens stellt die gleichberechtigte Einbeziehung von NGOs aus den Kohlestädten eine Herausforderung dar, da diese häufig entweder in Konflikten mit den Behörden stehen oder nur über geringe finanzielle und personelle Mittel verfügen.

Dennoch gelingt es den Akteuren bisher, innerhalb der Donezker Plattform der Kohlestädte zu kooperieren. Aus Sicht von Germanwatch liegt dies vor allem an drei Faktoren: Erstens existiert die gemeinsame Problemstellung des Strukturwandels, die eindeutig außerhalb der direkten Einflussphäre der lokalen Eliten liegt und somit Kooperation sinnvoll macht. Zweitens hilft die Fachkompetenz der beteiligten Organisationen Germanwatch (Energiewende und Strukturwandel), Alternativa (lokale Selbstverwaltung) und Ecoaction (Energiewende). Drittens gelingt bisher insbesondere die Einbeziehung von drei NGOs als vollwertige Mitglieder der Plattform durch spezielle Dialogformate, eine Diskussionskultur auf Augenhöhe und die enge Begleitung der Prozesse vor Ort durch die beteiligten Projektpartner. Die drei NGOs der Plattform haben im Dezember 2020 ein breiteres Forum von mehr als einem Dutzend NGOs des Donezker Gebiets initiiert, um ihre Rolle beim Strukturwandel in der Region noch systematischer vertreten zu können.

Was braucht ein erfolgreicher Strukturwandel?

Das Regionalministerium der Ukraine greift in seinem aktuellen Konzept für den Strukturwandel zentrale Punkte auf, die inzwischen Standard in der Strukturpolitik sind und welche die Plattform der Donezker Kohlestädte in ihren Statements seit 2018 forderte: Wirtschaftliche Diversifizierung (vor allem Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen), eine Bildungsoffensive, sozialer Ausgleich und die Stärkung erneuerbarer Energien. Gerade die Industrieregionen der Ostukraine weisen gute Startbedingungen auf, um sich wirtschaftlich umzuorientieren: gut ausgebildete Fachleute, landwirtschaftliche Flächen, teilweise gute Transportinfrastruktur, Nähe zu großen Industriebetrieben des Maschinenbaus und der Chemieindustrie. Im Verwaltungshauptsitz der Donezker Region Kramatorsk produziert sogar ein ehemals deutsch-ukrainisches Joint-Venture Windräder. Um diesen systematischen Umbau der Wirtschaft in der Kohleregion Donbas zu gestalten, sind Kooperationsstrukturen wie die Plattform der Kohlestädte ein zentraler Baustein. Sie können Bedarf vor Ort identifizieren, verschiedene Interessen zu einem frühen Zeitpunkt einbeziehen und Konflikte verhindern. Gleichzeitig wird der Umbau der Wirtschaft auch umfassende Ressourcen erfordern. Auch wenn die Ukraine nicht die Möglichkeiten Deutschlands hat, das sich seinen Kohleausstieg aktuell ca. 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen kosten lässt, so werden dennoch Investitions- und Strukturhilfen im großen Stil unumgänglich sein werden. Hierfür soll laut ukrainischer Regierung eine Kombination aus staatlichen, privatwirtschaftlichen und internationalen Mitteln in einen Strukturfonds fließen. Aus Sicht der Kohlestädte fehlt noch ein transparentes Verfahren für

die Mittelvergabe sowie der Aufbau von Planungskapazitäten in den Regionen, z. B. durch Regionalagenturen nach europäischem Vorbild. Außerdem bewertet die Plattform der Kohlestädte die staatlichen Pläne zum Umbau des Kohlesektors bis 2024 als nicht strategisch genug. Sie erwarten Planungssicherheit über dieses Datum hinaus. Bereits bei der Gründung der Donezker Plattform im Jahr 2018 war die eindeutige Botschaft der Akteure: besser ein klarer Kohleausstiegsplan zu einem frühen Zeitpunkt, damit der Strukturwandel noch gestaltet werden kann, als ein Reformstau und unklare Entwicklungspfade, die zu einem wirtschaftlichen *point of no return* führen.

Deutschland und die EU sind gefragt

Deutschland und die EU nehmen aktuell eine wichtige Rolle ein, um die Ukraine und die ukrainischen Kohleregionen beim Kohleausstieg und dem Strukturwandel zu begleiten. Deutschland hat mit der Ukraine 2019 eine Energiepartnerschaft unterzeichnet, einen Sondergesandten für den Strukturwandel bestimmt und die Finanzierung von Pilotprojekten in Kohlestädten zugesagt. Die EU steht in Verhandlungen zum »Green Deal für die Ukraine«, hat eine Plattform für die Begleitung des Strukturwandels in der Ukraine aufgesetzt und plant ebenfalls Projektfinanzierung. Was den Initiativen bisher fehlt ist erstens eine klare Vereinbarung mit der ukrainischen Seite über den Kohleausstieg und den Fahrplan dorthin, zweitens klare Vorstellungen über die zu schaffenden Strukturen wie den Strukturfonds, drittens eine Entwicklung von Leuchtturmprojekten, die über kommunale Grenzen hinweg, also für gesamte Regionen wirken und nicht lediglich in einzelnen Kohlestädten; und viertens ein transparenter Wettbewerb um die besten Ideen sowie der Aufbau entsprechender Kapazitäten für Regionalentwicklung in den Regionen (z. B. Regionalentwicklungsagenturen nach deutschem Vorbild). All diese Aspekte sind einerseits unabdingbar, um der Ukraine und dem Donbas eine Entwicklungschance in einem sich dekarbonisierenden Europa zu geben und den Städten Planungssicherheit zu ermöglichen. Andererseits können die Akteure in den Regionen ihre Rolle im Kontext der Dezentralisierung nicht nur stärken, sondern auch den längerfristigen Mehrwert interkommunaler und akteursübergreifender Kooperation erkennen. Sonst besteht ein großes Risiko, dass Praktiken fortgeführt werden, die sich über Jahrzehnte etabliert haben, indem sich individuelle Lobbyzugänge sowohl in den Kohlestädten vor Ort als auch in Kyjiw als die effektivsten Mittel zur Durchsetzung von partikularen Interessen einzelner Politiker*innen, Parteien oder Industriegruppen erweisen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Martin Schön-Chanishvili (sprich: »Tschanischwili«), M.A. soziokulturelle Studien, arbeitet bei Germanwatch e. V. zur nachhaltigen Transformation von strukturschwachen Gebieten in Ost- und Südosteuropa, insbesondere Kohleregionen. Sein Fokus liegt auf der gerechten Transformation mit Strategien für eine wirtschaftliche und soziale Perspektive der Menschen vor Ort. Mehrere Jahre hat er im In- und Ausland als wissenschaftlicher Berater, Projektleiter und Prozessbegleiter gearbeitet. Er beherrscht mehrere slawische Sprachen.

Lesetipps

- Eichorn, Sebastian; Hans, Moritz; and Schön-Chanishvili, Martin: A Participatory Multi-Stakeholder Approach to Implementing the Agenda 2030 for Sustainable Development: Theoretical Basis and Empirical Findings, in: Hülsmann, S., Jampani, M. (ed.): A Nexus Approach for Sustainable Development Integrated Resources Management in Resilient Cities and Multifunctional Land-use Systems. Springer 2020, S. 239–256.
- Europäischer Rat in Brüssel: Einigung auf Haushalt und Klimaschutz, 11.12.2020, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/europaeischer-rat-1826256>.
- Friedrich Ebert Stiftung / Ecoaction: The Future of a Just Transition in Ukraine: Perceptions in Coal Mining Towns. Kyjiw 2020, https://en.ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2020/11/just_transition_ua2020_en.pdf.
- Miljević, Damir; Mumović, Milka and Kopač, Janez: Analysis of Direct and Selected Indirect Subsidies to Coal Electricity Production in the Energy Community Contracting Parties. Vienna: Energy Community, 2019.
- R. Dudău, G. Ghinea, K. Krynytskyi, V. Kryzhanivskyi, P-Y. Oei, M. Schön-Chanishvili, K. Sutlovičová, Z. Vondrová, T. Wehnert: »Transformation Experiences of Coal Regions. Recommendations for Ukraine and other European countries«. Center for Environmental Initiatives Ecoaction. Kyjiw: ALT Company, 2019.
- Schön-Chanishvili, Martin: »Klimaneutralität endet nicht an der EU-Grenze«, Tagesspiegel Background 04.11.2020, <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/klimaneutralitaet-endet-nicht-an-eu-grenze>.
- Schön-Chanishvili, Martin: Kohlestädte Osteuropas wollen pro-aktiven Strukturwandel, 18.12.2018, <http://germanwatch.org/de/16128>.
- Schön-Chanishvili, Martin: Ostukrainische Kohlestädte schließen sich mit Unterstützung von Germanwatch in Plattform für den Strukturwandel zusammen, 19.06.2019, <https://germanwatch.org/de/16635>.

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in Monostädten am Beispiel dreier Kohle-Monostädte des Donezker Gebiets

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Dobropillia	71.558	70.609	69.623	68.577	67.623	66.390	65.920
Selydowe	61.136	59.623	58.427	57.345	56.683	55.897	55.547
Wuhledar	17.002	16.664	16.152	15.970	15.869	15.920	15.581

	2010	2011	2012	2013/2014	2015/2016	2017/2018	2019/2020
Dobropillia	65.098	64.687	64.102	63.306	62.735	61.782	59.486
Selydowe	54.906	54.481	54.034	53.554	52.283	51.560	49.763
Wuhledar	15.561	15.441	15.343	15.279	15.272	14.854	14.481

Quelle: Statistikämter in Kohlestädten, Zusammenstellung durch Martin Schön-Chanishvili

Die Ukraine ist an einem Scheideweg in ihrer Erdgaspolitik

Margarita M. Balmaceda (Seton Hall University und Harvard University)

Sieben Jahre nach der *Revolution der Würde* von 2014 befindet sich die Ukraine an einem wichtigen Scheideweg in ihrer Energiepolitik, insbesondere der Erdgaspolitik. Die jüngste Ankündigung von Preisobergrenzen für Erdgas, das von Privathaushalten bezogen wird, ist nur ein Beispiel für die tiefgreifenden Herausforderungen, vor denen die ukrainische Gaspolitik steht. Die entschlossenen Schritte der Ukraine in Richtung Transparenz seit dem Jahr 2014 ermutigten damals viele Beobachter:innen. Das Aushängeschild dieser Reformbemühungen war das transparente staatliche Beschaffungssystem *ProZorro*, das 2015 eingeführt wurde. Im Nachhinein muss wohl konstatiert werden, dass der Erfolg der ukrainischen Reformen des Gas- und Energiemarktsektors nach 2014 überbewertet worden ist. Zwar gab es in diesem Zeitraum in einigen Bereichen bedeutende Fortschritte, aber es bestehen eben immer noch erhebliche Hürden für grundlegende Reformen. Die ukrainische Elektrizitätsbranche steht angesichts der wichtigen Rolle von Erdgas bei der Stromerzeugung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erdgaspolitik. Und gerade in der Elektrizitätsbranche sind aufgrund von mangelnder Transparenz und der möglichen Kaperung von staatlichen Regulierungsbehörden durch Partikularinteressen seit 2014 schwere Bedenken hinsichtlich des Umfangs und der Wirksamkeit der Reformen aufgekommen.

So konnte das Firmen-Konglomerat des Oligarchen Rinat Achmetow aufgrund seines Einflusses auf die Regulierungsbehörde NKRE (Nationale Kommission für Elektrizitätsregulierung) bewirken, dass die gesetzlichen Vorschriften geändert wurden, sodass die wachsende Kontrolle seines Unternehmens über den Stromversorger *Oblenergos* eine legale Grundlage bekommen hat. Die Obergrenze für den Anteil eines einzelnen Unternehmens am gesamten Stromerzeugungsmarkt wurde damit von 25 auf 33 Prozent angehoben.

Allerdings haben politische Interventionen schon vor 2020–2021 stattgefunden. Erinnern wir uns an das Drama im Jahr 2019: Damals versuchten zwei zwielichtige Geschäftsleute, die mit Rudolf Giuliani, dem damaligen persönlichen Anwalt von Präsident Trump, in Verbindung standen, die Leitung des staatlichen ukrainischen Energieunternehmens *NAK Naftohas* auszutauschen. Damit wollten sie erreichen, dass große Mengen an US-amerikanischem LNG eingekauft würden, das von Unternehmen stammte, die mit diesen zwei Personen verbunden waren. Sie übten Druck auf die ukrainische Regierung aus, damit diese den reformwilligen

Geschäftsführer von *Naftohas*, Andriy Koboljew, durch einen anderen leitenden Angestellten von *Naftohas*, den US-Bürger Andrew Faworow, zu ersetzen, der ihren Vorschlägen als zugeneigt angesehen wurde.

Ein weiteres, sehr ernstes Thema sind die Preisobergrenzen für private Erdgasverbraucher. Dies könnte langfristige Auswirkungen auf *NAK Naftohas* und die Reform der Erdgasbranche haben. In der Tat sind Subventionen nicht nur ein Problem, weil sie einen Mangel an Verantwortung bei der Energienutzung fördern, sondern weil sie traditionell von gut platzierten Akteuren als Quelle für *Rent-Seeking* genutzt wurden. Darüber hinaus wissen wir aus der Geschichte seit der Gründung von *NAK Naftohas* im Jahr 1998, dass die *Public Service Obligation* (d. h. die gesetzliche Verpflichtung, Haushalte zu niedrigen, staatlich regulierten Preisen zu versorgen, die die Importpreise meist nicht vollständig abdecken) zu chronischen Problemen bei der Bezahlung der Importe und des Unternehmens beigetragen hat. Es ist offensichtlich, dass weitere Erhöhungen der Preise für die Versorgung der Haushalte angesichts sinkender Reallöhne infolge der COVID-19-Pandemie eine ernsthafte Belastung für die Haushalte darstellen. Der Konsens unter Expert:innen ist jedoch, dass gezielte Subventionen für besonders gefährdete Gruppen eingeführt werden sollten, anstatt pauschale Preisobergrenzen einzuführen. Denn diese stellen keine effektive Politik der öffentlichen Hand dar, sondern sind weitestgehend Populismus.

Die mögliche Übertragung des Gasnetzbetreibers OHSU (*Operator hasotransportnoji systemy Ukrainy; Gas Transmission System Operator of Ukraine, GTSOU*) aus der Zuständigkeit des Finanzministeriums in die des Energieministeriums gibt Anlass zur Sorge. Die Einrichtung dieses unabhängigen Netzbetreibers erfolgte erst Ende 2019 nach vielen Jahren politischen Drucks seitens der Europäischen Union. Sowohl die Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft als auch das Assoziierungsabkommen mit der EU brachten für die Ukraine die Verpflichtung mit sich, die Entflechtungsvorschriften der EU umzusetzen. Diese trafen jedoch auf großen Widerstand seitens *NAK Naftohas*: Das Unternehmen hoffte darauf, weiterhin einen Teil des Gasnetzes zu kontrollieren, anstatt dieses einem völlig unabhängigen Unternehmen zu übertragen. Einige der wichtigsten Elemente dieser Entflechtung, zu der insbesondere die Unabhängigkeit des Netzbetreibers gehört, sind gefährdet. Die Zuständigkeit des Finanzministeriums, und nicht des Energieministeriums, sollte diese Unabhängig-

keit gewährleisten. Ob diese Entwicklungen von der russischen Gazprom ausgenutzt werden könnte, um den Ende 2019 unterzeichneten Fünfjahresvertrag mit der Ukraine in Frage zu stellen, ist derzeit unklar. Aber da sich Russland und die Ukraine nach der Unterzeichnung des Vertrags in einem brüchigen »Waffenstillstand« befinden, könnten unerwartete Änderungen für

die Ukraine zu einer Herausforderung werden, um ausreichende Transitmengen durch ihre Pipelines sicherzustellen. Dies ist ein ernstzunehmendes Problem, das nicht nur die Ukraine als Transitland für Erdgas betrifft, sondern auch die Sicherheit der Versorgung ukrainischer Verbraucher gefährdet.

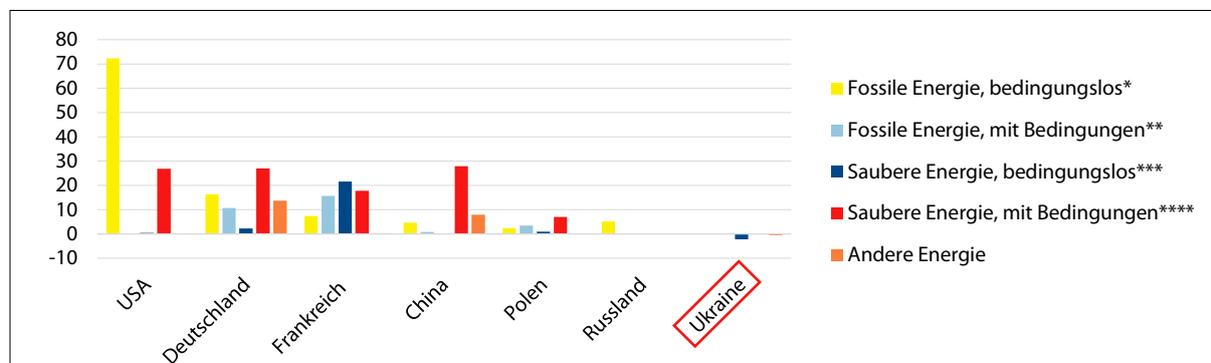
Über die Autorin

Margarita M. Balmaceda ist Professorin für Diplomatie und Internationale Beziehungen an der Seton Hall University und Jacek Distinguished Fellow in Ukrainistik am Harvard Ukrainian Research Institute. Ihr Buch *Russian Energy Chains: the Remaking of Technopolitics from Siberia to Ukraine to the European Union* (New York: Columbia University Press: <https://cup.columbia.edu/book/russian-energy-chains/9780231197496>) erscheint in diesem Frühjahr.

STATISTIK

Erneuerbare Energien in der Ukraine

Grafik 1: Zusagen für öffentliche Mittel für verschiedene Energiequellen in Konjunkturpaketen im Zuge der Covid-19-Pandemie im internationalen Vergleich, Milliarden USD, Stand: 03. Februar 2021



	Fossile Energie, bedingungslos*	Fossile Energie, mit Bedingungen**	Saubere Energie, bedingungslos***	Saubere Energie, mit Bedingungen****	Andere Energie
USA	72,35	0	0,46	26,81	0,1
Deutschland	16,38	10,67	2,28	26,94	13,7
Frankreich	7,42	15,7	21,57	17,73	0,23
China	4,66	0,84	0	27,94	7,87
Polen	2,42	3,46	0,97	6,97	0
Russland	5,19	0	0	0	0
Ukraine	0,12	0	-2,18	0	-0,54

Anmerkungen: * Beinhaltet Policies, die die Produktion oder den Verbrauch fossiler Brennstoffe ohne Klimaziele oder zusätzliche Anforderungen an die Reduktion der Umweltverschmutzung unterstützen

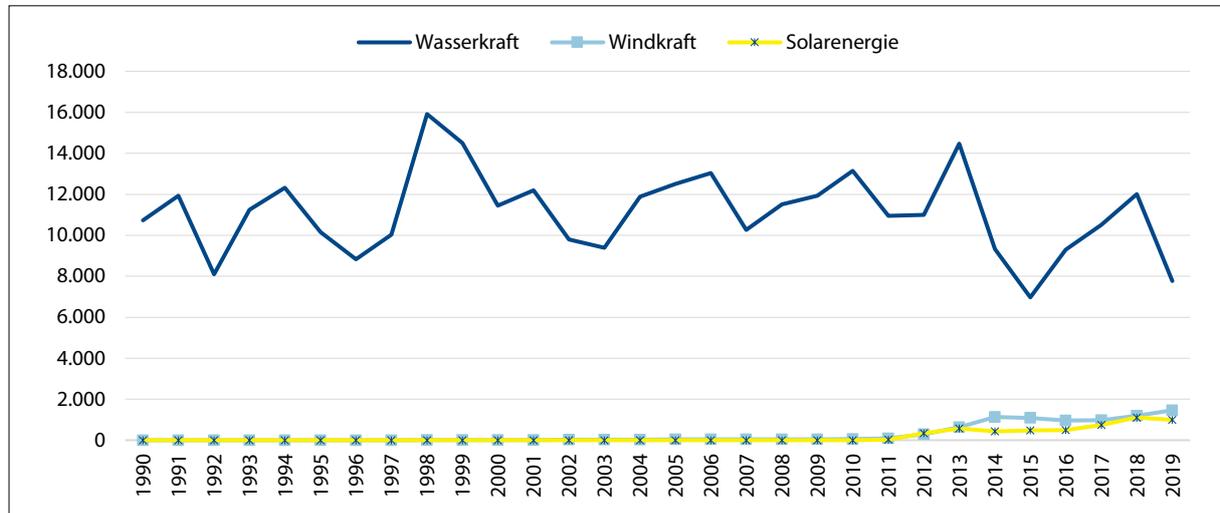
** Beinhaltet Policies, die die Produktion oder den Verbrauch fossiler Brennstoffe mit Klimazielen oder zusätzlichen Anforderungen an die Reduktion der Umweltverschmutzung unterstützen

*** Beinhaltet Policies, die die Produktion oder den Verbrauch von Energie unterstützen, die bzw. der kohlenstoffarm ist und geringe Auswirkungen auf die Umwelt hat, wenn entsprechende Schutzmaßnahmen umgesetzt werden

**** Beinhaltet Policies, die den Übergang von fossiler Energie konstatieren, aber zur Implementierung angemessener Umweltschutzmaßnahmen unspezifische Angaben machen

Quelle: [Energy Policy Tracker.org](https://www.energypolicytracker.org/), Stand: 03. Februar 2021; <https://www.energypolicytracker.org/>. Länderprofil der Ukraine: <https://www.energypolicytracker.org/country/ukraine>.

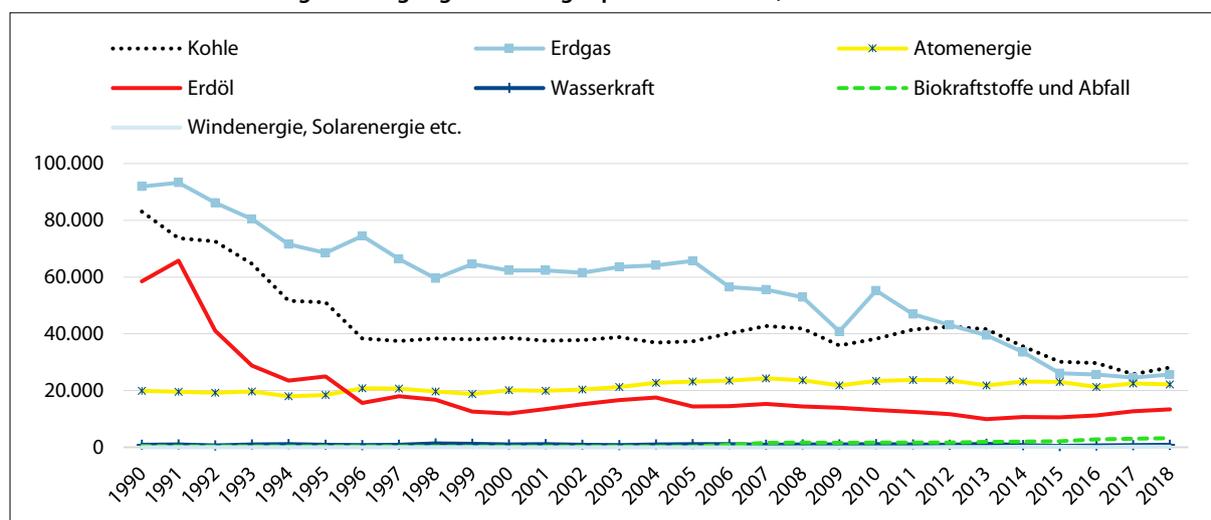
Grafik 2: Stromerzeugung in der Ukraine durch Erneuerbare Energien nach Quelle (nicht brennbar) 1990–2019, GWh



	Wasserkraft	Windkraft	Solarenergie
1990	10.723	0	0
1991	11.926	0	0
1992	8.090	0	0
1993	11.237	0	0
1994	12.327	0	0
1995	10.150	0	0
1996	8.833	0	0
1997	10.032	0	0
1998	15.915	3	0
1999	14.500	3	0
2000	11.450	6	0
2001	12.201	16	0
2002	9.789	22	0
2003	9.390	31	0
2004	11.888	33	0
2005	12.505	38	0
2006	13.034	35	0
2007	10.259	45	0
2008	11.512	45	0
2009	11.936	43	0
2010	13.152	51	0
2011	10.946	90	30
2012	10.994	288	333
2013	14.472	639	570
2014	9.321	1.130	429
2015	6.971	1.084	477
2016	9.304	954	491
2017	10.519	983	739
2018	12.007	1.188	1.108
2019	7.765	1.462	998

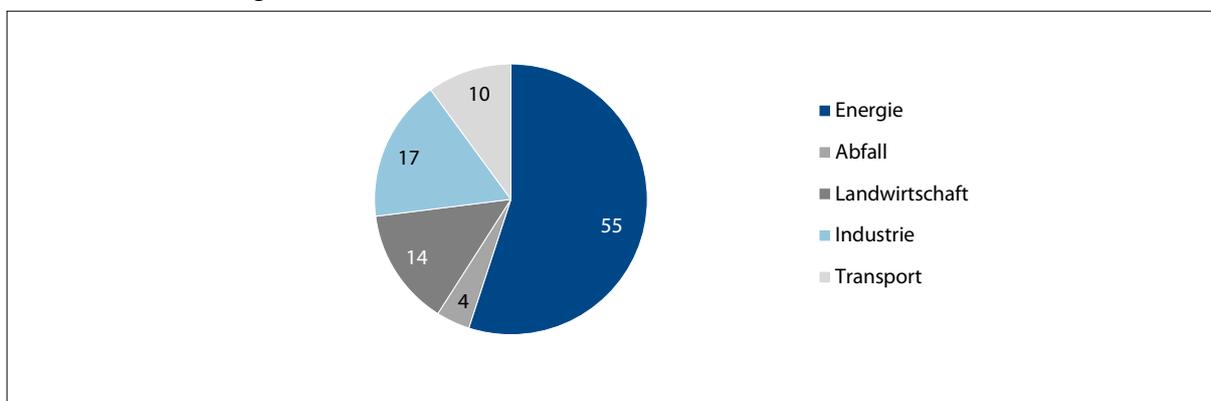
Quelle: International Energy Agency; <https://www.iea.org/data-and-statistics?country=UKRAINE&fuel=Renewables%20and%20waste&indicator=RenewGenBySource>

Grafik 3: Gesamte Energieversorgung nach Energiequelle 1990–2018, ktoe

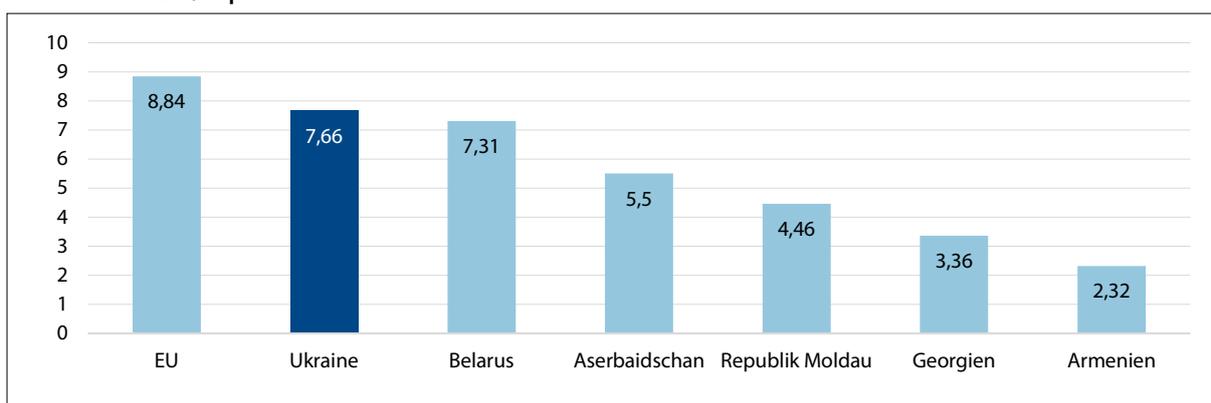


	Kohle	Erdgas	Atomenergie	Erdöl	Wasserkraft	Biokraftstoffe und Abfall	Windenergie, Solarenergie etc.
1990	83.055	91.854	19.849	58.467	904	360	0
1991	73.722	93.239	19.576	65.755	1.007	329	0
1992	72.569	86.141	19.216	41.090	678	297	0
1993	64.634	80.434	19.605	28.812	949	272	0
1994	51.586	71.522	17.939	23.522	1.042	266	0
1995	51.000	68.484	18.375	24.987	856	265	0
1996	38.375	74.493	20.735	15.551	742	264	0
1997	37.440	66.333	20.697	17.943	847	263	0
1998	38.369	59.492	19.604	16.686	1.353	262	0
1999	37.952	64.537	18.777	12.613	1.232	262	0
2000	38.545	62.269	20.152	11.941	969	262	1
2001	37.528	62.286	19.847	13.415	1.035	262	1
2002	37.764	61.499	20.321	15.207	828	262	2
2003	38.810	63.547	21.211	16.591	794	262	3
2004	36.874	64.083	22.674	17.473	1.011	262	3
2005	37.297	65.665	23.126	14.384	1.063	262	3
2006	40.102	56.427	23.509	14.457	1.108	821	3
2007	42.699	55.602	24.269	15.217	882	1.509	4
2008	41.793	52.820	23.562	14.368	990	1.690	4
2009	35.844	40.813	21.760	13.902	1.026	1.550	4
2010	38.250	55.250	23.383	13.179	1.131	1.597	4
2011	41.487	46.853	23.668	12.460	941	1.682	10
2012	42.545	43.035	23.649	11.632	901	1.696	53
2013	41.622	39.461	21.844	9.906	1.187	1.880	104
2014	35.577	33.450	23.187	10.687	729	1.934	134
2015	30.112	26.083	22.981	10.550	464	2.102	134
2016	29.727	25.600	21.244	11.193	660	2.832	124
2017	25.757	24.554	22.449	12.696	769	2.989	149
2018	28.055	25.653	22.145	13.325	897	3.208	197

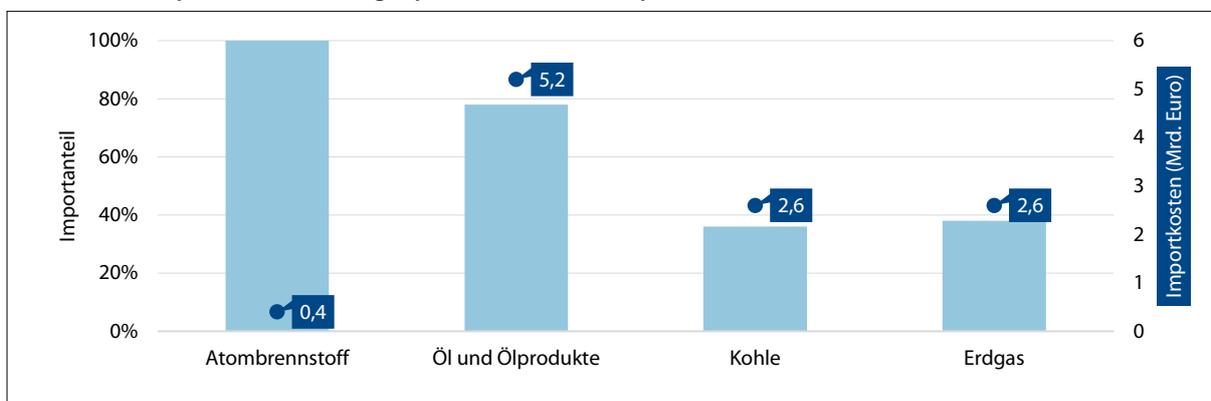
Quelle: International Energy Agency; <https://www.iea.org/data-and-statistics?country=UKRAINE&fuel=Energy%20supply&indicator=TPESbySource>

Grafik 4: Treibhausgasemissionen der Ukraine 2015 nach Wirtschaftssektor, %

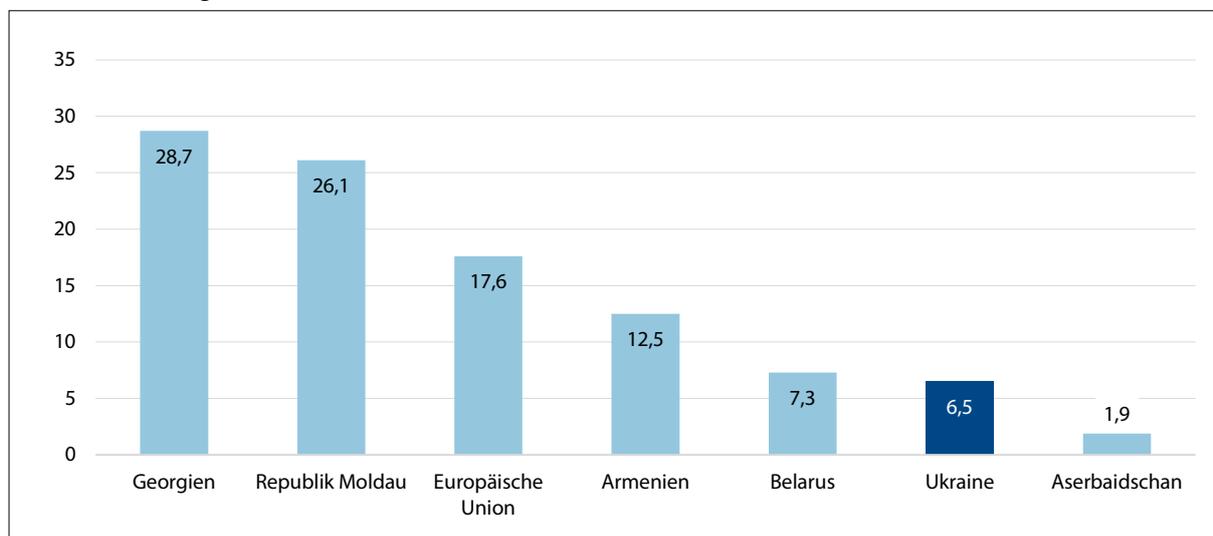
Quelle: Heinrich Böll Stiftung Kyjiw (2019): »Facts and Figures: Ukraine and EU: Towards a decarbonisation partnership«; <http://www.ua.boell.org/en/2020/01/24/ukraine-and-eu-towards-decarbonisation-partnership>

Grafik 5: Treibhausgasemissionen pro Kopf in der EU und Ländern der Östlichen Partnerschaft, Tonnen CO₂/Jahr/Kopf

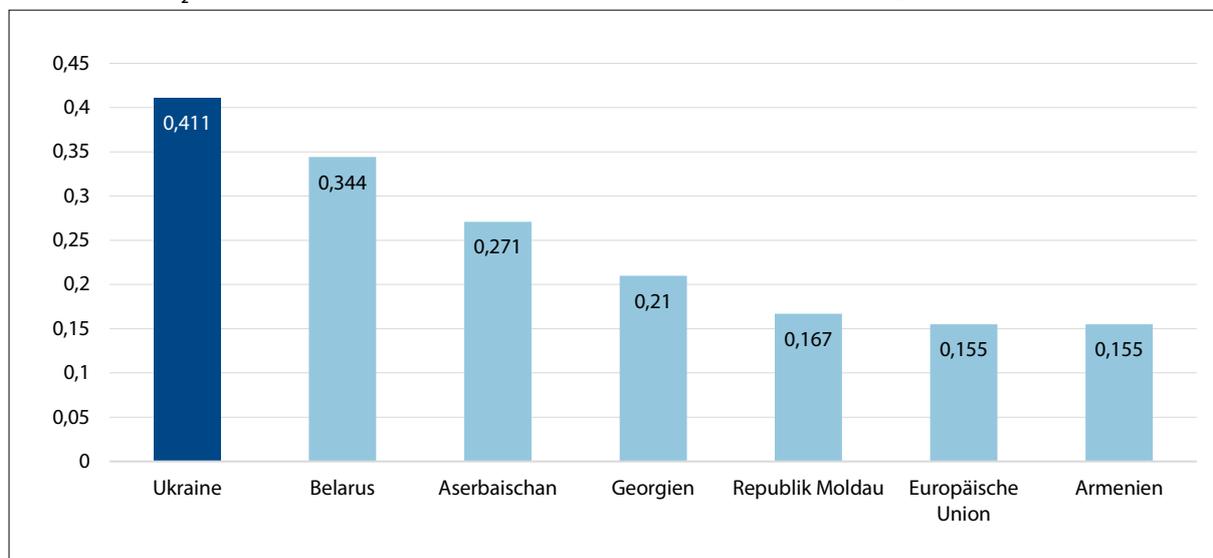
Quelle: Andrusevych A. et al. (2020): »Climate policy and civil society: The future of the Eastern Partnership countries in the context of the European Green Deal«, Policy Paper, Konrad Adenauer Stiftung; <https://www.rac.org.ua/uploads/content/594/files/edgeapclimatengoseng.pdf>

Grafik 6: Importanteil der Energiequellen, %, und der Importkosten, Mrd. €

Quelle: Heinrich Böll Stiftung Kyjiw (2019): »Facts and Figures: Ukraine and EU: Towards a decarbonisation partnership«; <http://www.ua.boell.org/en/2020/01/24/ukraine-and-eu-towards-decarbonisation-partnership>

Grafik 7: Verbrauch erneuerbarer Energien in EU und Ländern der Östlichen Partnerschaft 2017, % des gesamten Energieverbrauchs

Quelle: Andruskevych A. et al. (2020): »Climate policy and civil society: The future of the Eastern Partnership countries in the context of the European Green Deal«, Policy Paper, Konrad Adenauer Stiftung; <https://www.rac.org.ua/uploads/content/594/files/edgeapclimatengoseng.pdf>

Grafik 8: CO₂-Emissionen der EU und Ländern der Östlichen Partnerschaft 2016, kg/2017 PPP \$ des BIP

Quelle: Weltbank; <https://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PP.GD.KD?locations=UA-EU-GE-MD-AM-BY-AZ>

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 15. Februar 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 15. Februar 2021)

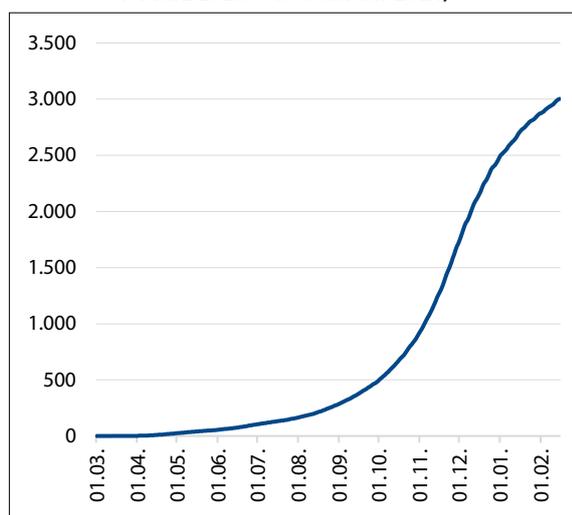


Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle, 30. Januar – 15. Februar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
30.01.	1.258.093	4.966
31.01.	1.261.546	3.453
01.02.	1.263.833	2.287
02.02.	1.266.464	2.631
03.02.	1.270.001	3.537
04.02.	1.275.334	5.333
05.02.	1.280.501	5.167
06.02.	1.285.059	4.558
07.02.	1.288.669	3.610
08.02.	1.291.025	2.356
09.02.	1.293.892	2.867
10.02.	1.297.537	3.645
11.02.	1.302.811	5.274
12.02.	1.307.806	4.995
13.02.	1.313.209	5.403
14.02.	1.316.520	3.311
15.02.	1.319.060	2.540

Für die Zahlen vom 01.03.2020–29.01.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–245.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 15.02.2021, 22:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 15. Februar 2021)

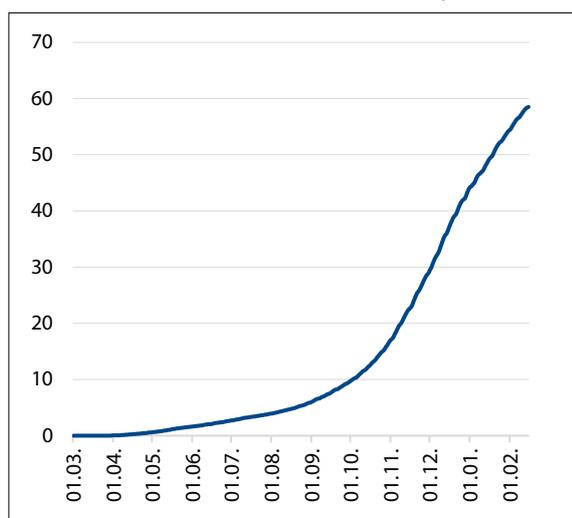


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (30. Januar – 15. Februar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
30.01.	23.769	159
31.01.	23.860	91
01.02.	23.931	71
02.02.	24.100	169
03.02.	24.276	176
04.02.	24.429	153
05.02.	24.599	170
06.02.	24.735	136
07.02.	24.828	93
08.02.	24.884	56
09.02.	25.022	138
10.02.	25.195	173
11.02.	25.330	135
12.02.	25.457	127
13.02.	25.578	121
14.02.	25.631	53
15.02.	25.702	71

Für die Zahlen vom 01.03.2020–29.01.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–245.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 15.02.2021, 22:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

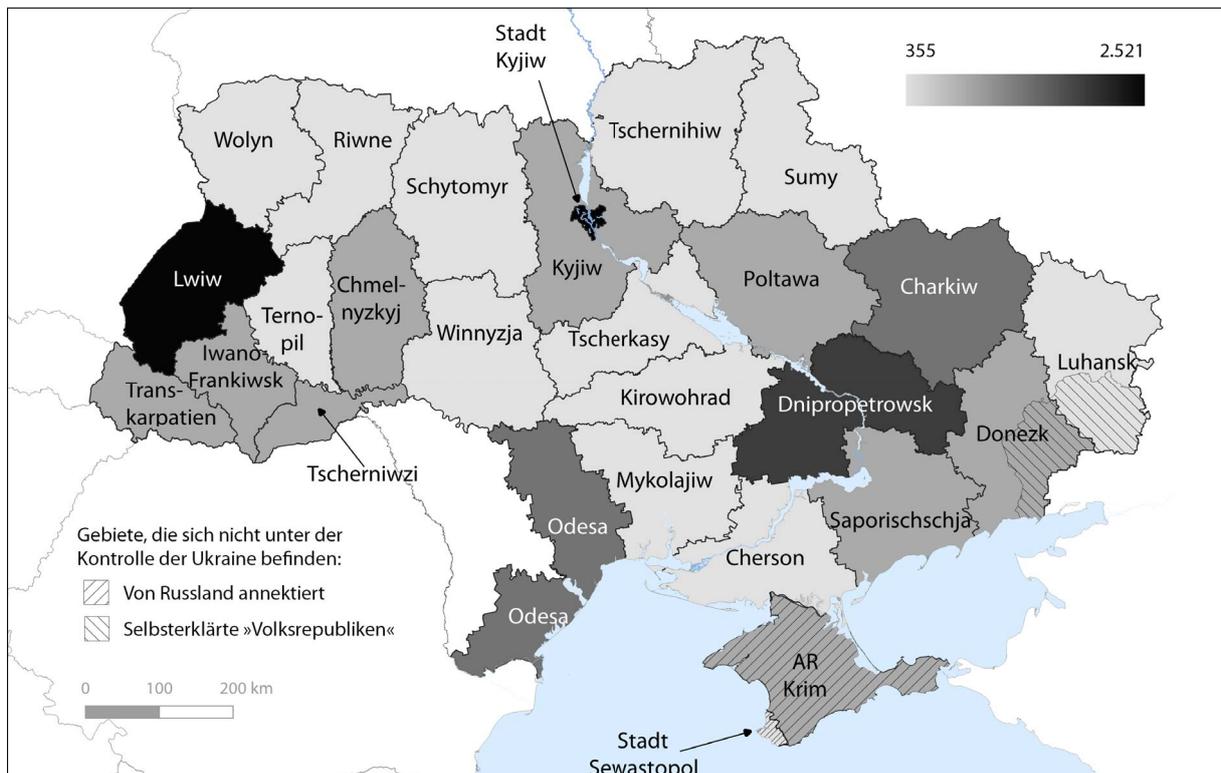
Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen (Stand: 15. Februar 2021)



* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 15.12.2021 08:15 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

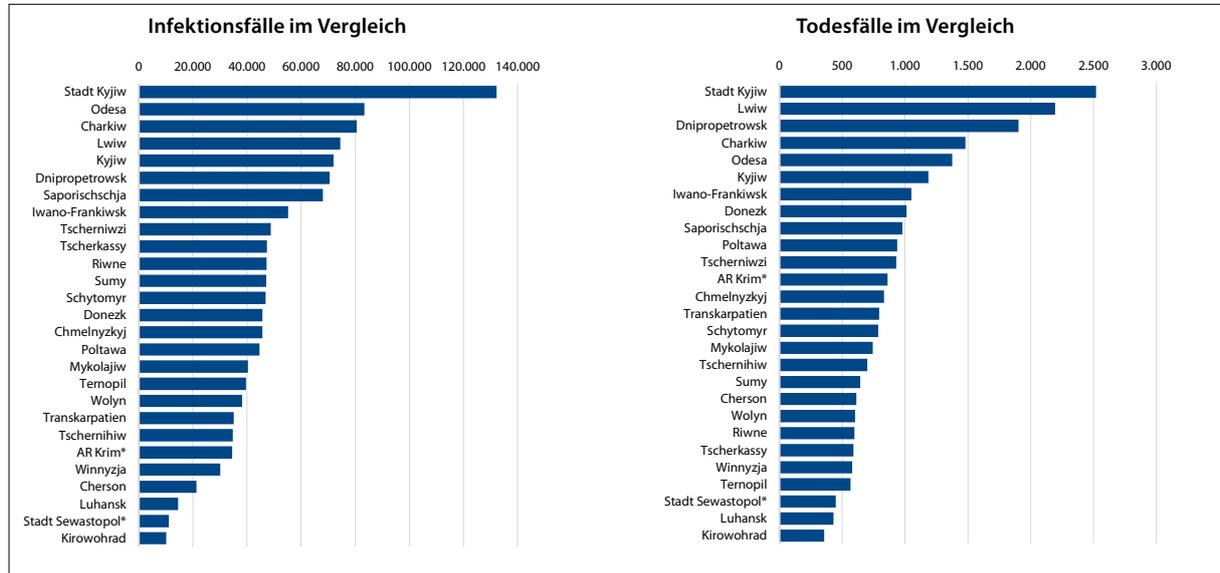
Grafik 4: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 15. Februar 2021)



* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 15.02.2021 08:15 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 15. Februar 2021)



* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 15.02.2021 08:15 Uhr.

Tabelle 1: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 15. Februar 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	80.453	1.480
Cherson	21.310	613
Chmelnyzkyj	45.682	832
Dnipropetrowsk	70.470	1.904
Donezk	45.722	1.012
Iwano-Frankiwsk	55.233	1.050
Kyjiw	71.903	1.185
Stadt Kyjiw	132.160	2.521
Kirowohrad	10.124	355
Luhansk	14.520	430
Lwiw	74.471	2.194
Mykolajiw	40.358	742
Odesa	83.371	1.375
Poltawa	44.613	937
Riwne	47.268	596
Saporischschja	68.041	979
Schytomyr	46.826	787
Sumy	47.055	642
Ternopil	39.601	566
Tscherkassy	47.314	589
Tschernihiw	34.793	700
Tscherniwzi	48.798	929
Transkarpatien	35.123	794
Winnyzja	30.119	578
Wolyn	38.147	602
AR Krim*	34.523	861
Stadt Sewastopol*	11.062	449

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 15.02.2021 08:15 Uhr.

Covid-19-Chronik, 25. Januar – 07. Februar 2021

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
25.01.2021	2.516 / 1.194.328 / 21.924	Die verstärkten Covid-19-Quarantäne einschränkungen in der Ukraine werden aufgehoben. Laut Gesundheitsminister Maksym Stepanow habe die Quarantäne vom 8. bis 24. Januar zu einer ernsthaften Stabilisierung der epidemiologischen Situation beigetragen. Ab jetzt gelten die Einschränkungen der orangen Zone ukraineweit.
		Der Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, gibt die Pläne zum Kauf eines Impfstoffs gegen das Coronavirus bekannt. So könnte eine halbe Million Einwohner:innen der Hauptstadt geimpft werden. Die Gespräche zu diesem Thema finden bereits mit einer Reihe amerikanischer und europäischer Hersteller statt, teilt er mit.
26.01.2021	2.779 / 1.197.107 / 22.057	Die Anzahl der an Covid-19 verstorbenen Personen überschreitet die Marke von 22.000 Todesfällen seit dem Beginn der Pandemie in der Ukraine.
		Premierminister Denys Schmyhal kündigt die baldige Lieferung von 200.000 Impfstoff-Dosen gegen das Coronavirus im Rahmen der globalen COVAX-Initiative an.
27.01.2021	3.726 / 1.200.833 / 22.202	Einer Studie von The Economist zufolge bekäme die Ukraine zusammen mit mehr als 85 anderen Staaten bis zum Jahr 2023 keinen ausreichend breiten, für die Impfung von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung nötigen Zugang zu Impfstoff gegen das Coronavirus.
28.01.2021	5.579 / 1.206.412 / 22.351	Mit 318 Abgeordnetenstimmen verabschiedet die Werchowna Rada die Änderungen des Gesetzes »Über die Arzneimittel«, die die Registrierung und Verwendung von Impfstoffen gegen das Coronavirus in der Ukraine vereinfachen. Bei vorhandenen und erfolgreichen präklinischen Studien macht es die Regierung in Bezug auf Impfungen schneller handlungsfähig. Anschließend unterzeichnet Präsident Wolodymyr Selenskyj das verabschiedete Gesetz.
29.01.2021	5.181 / 1.211.593 / 22.479	In einer Sitzung der staatlichen Kommission für technische und ökologische Sicherheit und Notfälle stellt der leitende Sanitätsarzt Wiktor Ljaschko den Kalenderplan für die Impfung der Bevölkerung im Jahr 2021 vor. Dieser Plan sieht den zusätzlichen Kauf von etwa 15 Millionen Impfdosen gegen das Coronavirus vor.
		Der leitende Sanitätsarzt Wiktor Ljaschko kündigt den Anfang der Massenimpfung gegen das Coronavirus in der Ukraine für Mitte Februar an. Nach seinen Angaben wird die Ukraine im Februar 117.000 Impfdosen gegen das Coronavirus von Pfizer-BioNTech sowie in der ersten Hälfte des Jahres 2021 2,2 bis 3,7 Millionen Dosen von AstraZeneca bekommen.
30.01.2021	4.685 / 1.216.278 / 22.682	Gesundheitsminister Maksym Stepanow berichtet über die Impfungen gegen das Coronavirus für die Mitarbeitenden mobiler Impfbrigaden sowie das medizinische Fachpersonal der Kliniken, in denen Covid-19-Patient:innen stationär behandelt werden.
		Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt bekannt, dass die Impfung der ukrainischen Bevölkerung gegen die Covid-19-Krankheit kostenlos gewährleistet wird.
31.01.2021	3.177 / 1.219.455 / 22.707	Die Ukraine erweitert die Liste der Staaten der roten Zone wegen der hohen Ausbreitung des Coronavirus um St. Lucia, die Dominikanische Republik, Cabo Verde, Peru, Barbados, Mexiko und Paraguay. Insgesamt enthält diese Liste 74 Länder, in welche den ukrainischen Bürger:innen die Einreise vom Außenministerium nicht empfohlen wird.
01.02.2021	2.030 / 1.221.485 / 22.768	Premierminister Denys Schmyhal kündigt für einige ukrainische Regionen mit positiver Dynamik bei der Ausbreitung des Coronavirus die mögliche Herabstufung der Covid-19-Quarantäne einschränkungen auf das Niveau der gelben oder grünen Zonen an.
02.02.2021	2.394 / 1.223.879 / 22.924	Nach Daten der Nationalbank der Ukraine erholt sich die ukrainische Wirtschaft von der Coronavirus-Krise schneller als erwartet und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2021 die durch die Pandemie entstandenen Verluste eliminieren. Angesichts der Rückkehr ausländischen Kapitals auf den ukrainischen Anleihemarkt prognostizieren die Expert:innen der Nationalbank die Wiederholung des Szenarios von 2019, als die ukrainische Wirtschaft ausreichend mit ausländischem Kapital versorgt wurde.

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
03.02.2021	3.285 / 1.227.164 / 23.089	Die Anzahl der an Covid-19 verstorbenen Personen überschreitet die Marke von 23.000 seit dem Beginn der Pandemie in der Ukraine.
04.02.2021	5.082 / 1.232.246 / 23.229	Premierminister Denys Schmyhal kündigt an, dass die Regierung die Covid-19-Quarantänemaßnahmen in der Ukraine bis zum 30. April verlängern werde. Dies ist höchstwahrscheinlich nicht das endgültige Datum.
05.02.2021	4.923 / 1.237.169 / 23.387	Die Ukraine erhält eine Bestätigung für die Lieferung von zwölf Millionen Dosen Impfstoff gegen das Coronavirus von AstraZeneca und Novavax, teilt Gesundheitsminister Maksym Stepanow mit. Die Lieferung beginnt im Februar 2021.
06.02.2021	4.310 / 1.241.479 / 23.516	In der Ukraine wird bis Ende Februar eine Website für die Registrierung zur Impfung gegen Covid-19 voll funktionsfähig sein, berichtet Gesundheitsminister Maksym Stepanow.
07.02.2021	3.370 / 1.244.849 / 23.597	Nach der Anzahl der registrierten Covid-19-Fälle belegt die Ukraine europaweit den achten Platz nach Russland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Polen.

Zusammengestellt von Ina Lankovich

* Quelle: Ukrainska Pravda

CHRONIK

25. Januar – 07. Februar 2021

25.01.2021	Die Ukraine unterstützt die Aufrufe zur Freilassung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj und verurteilt das brutale Vorgehen gegen die Proteste infolge seiner Verhaftung, gab Außenminister Dmytro Kuleba an.
26.01.2021	Laut einer repräsentativen Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie nimmt die Partei von Wolodymyr Selenskyj, »Diener des Volkes«, den vierten Platz im Rating ein: Sie bekam 8,5 Prozent Zustimmung unter allen wahlberechtigten Befragten und 11,2 Prozent unter denjenigen, die sich bereits für eine konkrete Partei entschlossen hatten.
27.01.2021	Die Partei »Batkiwschtschyna« beabsichtigt, ein Referendum zu fünf Fragen durchzuführen, wie die Parteichefin, Julija Tymoschenko, bekanntgibt. Auf der Agenda stünden folgende Fragen: Preise für Gas und Elektrizität für die Bürger:innen der Ukraine; Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen und strategischem Eigentum (Gaspipeline, Eisenbahn, Post usw.); Legalisierung von Marihuana und dem Glücksspiel.
28.01.2021	Die Werchowna Rada verabschiedet in zweiter Lesung einen Gesetzesentwurf »Über das Büro für wirtschaftliche Sicherheit« für die Schaffung einer Strafverfolgungsbehörde, die sich mit Wirtschaftskriminalität befasst und die Steuerpolizei ersetzt.
28.01.2021	Die Chefredakteurin des russischen, staatlichen TV-Senders »Russia Today«, Margarita Simonjan, fordert auf dem Forum »Russischer Donbas« im besetzten Donezk russische Behörden dazu auf, diese Region in die Russische Föderation zu integrieren.
29.01.2021	Die Reallöhne sind im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr 2019 um zehn Prozent gestiegen, berichtet der staatliche Statistikdienst. Nominal ausgedrückt – ohne Inflationsbereinigung – stieg das Durchschnittsgehalt im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 15,6 Prozent. Ukraineweit betrug das durchschnittliche Monatsgehalt 506 US-Dollar.
30.01.2021	Der US-Botschafter in Russland, John Sullivan, bestätigt, dass die von den USA und der EU früher eingeführten Sanktionen gegen Russland infolge der Besetzung der Krim ohne Abschwächungen weiterhin gelten werden.
1.02.2021	Die Agenten des Staatssicherheitsdienstes lösen eine Versammlung chinesischer und ukrainischer Investor:innen in Saporischschja auf, die den Besitz des Hubschrauber- und Triebwerksgiganten »Motor Sitsch« beanspruchten. Präsident Selenskyj unterzeichnet einen Erlass zur Verhängung dreijähriger Sanktionen gegen vier chinesische, der Regierung in Peking nahe stehende Unternehmen und gegen Wang Jing, den Leiter von Skyrizon Aircraft Holdings, dem wichtigsten beteiligten chinesischen Investor.
2.02.2021	Die Ukraine erwartet im Jahr 2021 drei Kredittranchen des Internationalen Währungsfonds in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden US-Dollar, berichtet der Vorsitzende der Nationalbank der Ukraine, Kyrylo Schewtschenko.

2.02.2021	Der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, diskutiert in einem Gespräch mit dem EU-Chefdiplomaten Josep Borrell die Frage der Bestrafung Russlands für Menschenrechtsverletzungen auf der besetzten Krim mittels neuer EU-Sanktionsmechanismen.
3.02.2021	Nach einer repräsentativen Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie zum Vertrauen, das Politiker:innen entgegengebracht wird, nimmt der Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, mit 37,5 Prozent den ersten Platz ein. Ihm folgt Präsident Wolodymyr Selenskyj (35,6 Prozent) und der ehemalige Premierminister Wolodymyr Grojsman (30,9 Prozent).
3.02.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj setzt die Entscheidung des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates über die Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen und die Anwendung anderer Restriktionsmaßnahmen gegen den Abgeordneten der Werchowna Rada, Taras Kosak, und gegen die Fernsehsender von Wiktor Medwedtschuk – »112 Ukraine«, NewsOne sowie ZIK – für den Zeitraum von fünf Jahren in Kraft.
4.02.2021	Die Oppositionsplattform »Für das Leben« äußert sich dahingehend, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Wolodymyr Selenskyj einleiten zu wollen. Grund seien die eingeführten Sanktionen gegen Taras Kosak und die Fernsehsender von Wiktor Medwedtschuk.
5.02.2021	Der Innenminister, Arsen Awakow, weist auf eine deutliche Verschärfung der Situation in der Kriegszone im besetzten Donbas im Laufe der vergangenen Woche hin. Ihm zufolge gäbe es dort entgegen dem früher vereinbarten Friedensprozess Schusswechsel, Scharfschützenangriffe sowie Mörserbeschuss.
6.02.2021	Die Niederlande wird die Ukraine nicht juristisch für den nicht komplett geschlossenen Luftraum über dem besetzten Donbas im Jahr 2014 zur Verantwortung ziehen. Laut dem Außenminister der Niederlande, Stef Block, gab es nicht genügend Anhaltspunkte, die die Notwendigkeit einer kompletten Schließung des Luftraums offensichtlich machten.
7.02.2021	Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andriy Melnyk, kritisiert das jüngste Interview von Deutschlands Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Dem Botschafter zufolge lehne die Ukraine jegliche Verzerrungen der Geschichte von der nationalsozialistischen Besatzung sowie jegliche Versuche der Rechtfertigung für die Fertigstellung der Nord Stream-2-Gaspipeline entschieden ab.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Ina Lankovich

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Ina Lankovich
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>